

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 40. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 3/4 2005

Démocrate  Suisse
Pages 13-15

Wir sind die nationale Opposition!

Wo stehen die SD – eine Abgrenzung zur SVP



Rudolf Keller,
Landrat,
e. Nationalrat,
SD-Zentralpräsident,
Frenkendorf/BL

Landläufig herrscht in den Köpfen der Leute das Vorurteil oder Cliché vor, dass wir Schweizer Demokraten auf der politischen Skala ganz rechts der SVP – oder eben rechtsextrem stünden. Unzählige wissenschaftliche Auswertungen des Stimmverhaltens der SD-Politiker im Nationalrat ergeben aber seit vielen Jahren ein anderes Bild. Und unser Parteiprogramm schreibt auch etwas ganz anderes als das Prädikat «rechtsextrem» fest! Ich sage immer, die Schweizer Demokraten seien eine national denkende Partei, die in ihrer Politik ökologische und soziale Tupper setze.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Das war schon zu Zeiten von Nationalrat Valentin Oehen so. Würden wir diese entscheidenden Tupper nicht setzen, hätten wir im politischen Spektrum keine Überlebenschance und keine Daseinsberechtigung, weil man dann geradesogut zur SVP gehen könnte. Obwohl, wenn man denkt, dass die grosse SVP Bern zum freien

Personenverkehr und zu Schengen die Ja-Parole beschlossen hat, wäre der Weg hin zur SVP wohl auch kein gangbarer...

In der Weltwoche Nr. 50 vom Dezember 2004 wurde wieder einmal das Stimmverhalten aller Nationalratsmitglieder ausgewertet. Dabei stellte sich heraus, dass SD-Nationalrat Bernhard Hess – übrigens zusammen mit dem Lega-Vertreter – am linken Rand der SVP angesiedelt ist. Ich habe ihm zu dieser Einreihung gratuliert, weil er es fertig gebracht hat, unseren bewährten jahrelangen politischen Kurs auch als Einzelvertreter im Parlament fortzusetzen. Die Feststellung, dass Nationalrat Bernhard Hess also nicht am rechtsextremen Rand politisiert, ist gut fundiert und seriös ausgewertet! Es hat durchaus seine Richtigkeit, wenn die «Weltwoche» schreibt, dass Bernhard Hess zusammen mit den EDU-Nationalräten zum eher konservativen und nicht zum rechten Pol im Parteienspektrum gehört. Schon zu Zeiten der SD-Nationalräte Fritz Meier, Hannes Steffen, Jean-Jacques Hegg, Fritz Stalder, Markus Ruf und Rudolf Keller konnte man die gleiche Beobachtung machen. Es existiert unter Politologen eine Skala von -10 bis +10. Die PdA, Grüne und SP liegen irgendwo zwischen -10 und -5. Dann folgt die breitgezogene Mitte von CVP, FDP und Liberalen. Deren Politisierende liegen irgendwo zwischen -5 und +5 im politischen Spektrum. Und im rechten Spektrum folgen dann zwischen +5 und +7 die nationalen und konservativen Parteien mit sozialem Einschlag, nämlich die SD, die EDU und die Lega. Zwischen +7 und +10 wird die SVP und FPS eingeordnet, also ist die SVP ganz rechts. Ich mag mich gut daran er-

Über 70'000 Unterschriften



für das Referendum gegen die Ost-Personenfreizügigkeit! Wir danken allen SD-Leuten, welche aktiv mitgeholfen haben, dass das Referendum innert nur 60 Tagen zustande gekommen ist

Etappensieg! Trotz schlechtestem Sammelwetter haben wir alle diese Glanzleistung fertig gebracht. Unser Dank gilt aber nicht nur den eigenen SD-Parteileuten, sondern auch allen andern Leuten und Organisationen, welche aktiv mitgeholfen haben. Selbstverständlich soll und darf man bis in die letzten März-Tage weitersammeln. Schicken Sie aber die ausgefüllten Unterschriftenbogen laufend an unser SD-Zentralsekretariat ein, damit wir die Unterschriften beglaubigen können. Jede Unterschrift zählt, je mehr wir haben, umso stärker stehen wir in der Öffentlichkeit da. Wer bei der Unterschriften-Einreichung dabei sein will, kann das Datum ab 21. März bei uns erfragen. Und nicht zuletzt freuen wir uns auch riesig, dass das Schengen-Referendum ebenfalls zustande gekommen ist.

Dieser Zeitungsausgabe liegt ein Einzahlungsschein bei. Der Kampf wird hart – und wir sind um jeden Franken froh. Herzlichen Dank für Ihre Spende!

innern, dass ich als Nationalrat zwischen 1991 und 1999 regelmässig eine Bewertung von +6 bis +8 hatte. Und ich war immer darauf stolz, nicht einfach bei +10 zu liegen und eine simple schwarz/weiss Politik zu betreiben, sondern eine sehr differenzierte Politik zu machen. Für mich selbst hat sich das bei Wahlen auch immer positiv ausgewirkt, indem ich nicht nur von rechts, sondern auch von links jeweils viele Zusatzstimmen erhalten habe.

Worin unterscheiden wir uns denn konkret von einer im politischen System rechts stehenden SVP?

Die SD sind gemässigt sozial

Beispielsweise im sozialen Bereich: Wir sind im Gegensatz zur SVP die Partei der «kleinen Leute», also

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Mediale Inquisition
- 4 Wie sicher ist unser Geld?
- 5 Scharf beobachtet
- 6 Der Europäische Haftbefehl
- 7 Antisemitismus
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Leser hat das Wort

Abometer

239

neue Abonnenten seit 01. 01. 2005

Stand: 13. 03. 2005

Ziel: 1000 neue Abos im 2005

Wir sind eine nationale Opposition!

Fortsetzung von Seite 1

derjenigen Menschen mit kleineren Einkommen. Ich kann dies aufgrund meiner eigenen Erfahrungen und Beobachtungen im Baselbieter Landrat feststellen. Immer wenn es um soziale Fragen geht, stimmen die SVP-Leute so, dass vor allem gutsituierte Menschen bevorzugt werden. **Im Baselbieter Landrat sind die SD – im Gegensatz zur SVP – beispielsweise für die Anpassung der Kinderzulagen an die Teuerung oder gegen Subventionskürzungen im Schulzahnpflegebereich oder gegen die Kürzung der Krankenkassenzuschüsse für die Bevölkerung.** Im Nationalrat stimmten die SD immer für den vollen Teuerungsausgleich bei der AHV. Die SVP macht da im Interesse ihrer grossbetuchten Klientel ständig Abstriche – sie hat es bisher aber geschickt verstanden, dies vor ihren Wählerschichten mit kleinerem Portemonnaie zu kaschieren.

Die SD sind für die «kleinen Leute»

Beispielsweise beim Thema Einwanderung: Bei der Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Ostländer zeigt sich einmal mehr der Unterschied von SD und SVP. **Die SD sind geschlossen für starke flankierende Massnahmen, weil damit Lohndumping (Lohndruck auf alle in**

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

unserem Land arbeitenden Menschen und die Rentner) vermieden werden sollte. Die SVP findet demgegenüber solche Abwehrmassnahmen wirtschaftsfeindlich und lehnt sie mehrheitlich ab. Wir haben sehr viele Kleinverdiener, Angestellte, Beamte und Rentnerinnen und Rentner in unseren SD-Reihen, da ist es für uns selbstverständlich, dass wir für deren Belange auch eintreten. Es kommt nun nicht von ungefähr, dass fast die Hälfte der SVP-Nationalratsmitglieder für die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Länder stimmten – sie wittern ein Geschäft mit diesen Leuten! Wir von den SD stellen dem das höhere Allgemeininteresse gegenüber – das nicht immer stromlinienförmig mit wirtschaftlichen Interessen verläuft. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass SVP-Industrielle wie Blocher, Frey, Giezendanner und Spuhler mit der Ausweitung des freien Personenverkehrs um mehr billige Arbeitskräfte kämpfen, mit denen sie dann ihr grosses Geschäft machen.

Die SD haben ökologisches Bewusstsein

Beispielsweise im ökologischen Bereich: Da fällt mir die Einzonung von Kulturland ins Baugebiet in Pratteln (Gebiet Blözen) ein. **Die SD-Einwohnerratsfraktion stimmte dafür, dass man das Wies- und Ackerland grün erhalte (konservativ-schützend zur Umwelt) und die SVP war der Meinung, dass man dieses wertvolle Kulturland überbauen und also daraus das grosse Geschäft machen sollte.** Im Gegensatz zu den SD stimmten die SVP-Parlamentsmitglieder auch für die Aufhebung der Lex Koller (Grundstückverkäufe an Ausländer). Wir sind nicht nur aus überfremdungspolitischen Gründen dagegen, dass Ausländer mehr Grundstücke in unserem Lande erwerben können, sondern auch aus landschaftsschützerischen Überlegungen. Es geht um den Schutz wertvollen Kulturlandes vor Überbauung und Verbetonierung. **Damit wollen wir in Berggebieten auch dafür sorgen, dass eine intakte Umwelt, unser touristisches Kapital, erhalten bleibt.**

Aber mancher SVP-Baumeister sieht das entgegengesetzt anders! Und – um ein weiteres Beispiel zu nennen, im Nationalrat stimmten die SD immer für den Ausbau und Erhalt eines guten Netzes des Öffentlichen Verkehrs – dies sehr oft im Gegensatz zur SVP. Auch sind wir, anders als die SVP, für mehr Tierschutz.

Die SD stehen für Allgemeinwohl ein

Wider das egoistische Ellbogen-Weltbild: **Manchmal kommen mir diese Unterschiede auch so vor, dass wir eher eine Politik machen, die aufs Allgemeinwohl ausgerichtet ist und die SVP-Leute eher eine, welche dem einzelnen Individuum, dem Ego, und insbesondere dem übermässigen Geldverdiene die allerbeste Priorität einräumt.** Das heisst auch, dass bei uns die soziale Komponente nachweislich stärker vertreten ist als bei den SVP-Leuten. Darum ist es böswillig, ja nachgewiesen falsch, wenn man die SD einfach als rechtsextrem einstuft. Es ist im Übrigen auch so, dass die SVP als Regierungspartei fest ins politische System der Regierenden eingebunden ist, **währenddem wir Schweizer Demokraten eine Oppositionspartei sind – die nationale Opposition!** Und viele Leute, die unserer Partei beitreten, sind sich dieses Unterschieds sehr wohl bewusst. Sie kommen genau deswegen zu uns. Denn sie wissen, dass wir im Gegensatz zu den Regierenden keine Pöstlijäger sind, sondern uneigennützig arbeitende Idealisten. Darum gingen wir auch nicht auf die bürgerlich-wirtschaftlichen «SD-Kaufangebote» ein, als die uns vorschlugen, doch auf das Referendum gegen den freien Personenverkehr zu verzichten und von ihnen so quasi als Entschädigung dafür eine grosse finanzielle Gegenleistung zu erhalten. **Wir sind nicht käuflich und deshalb auch eine unbequeme Partei!**

Die SD werden als Partei überleben

Diese von der SVP unterschiedlichen politischen Standpunkte brauchen wir Schweizer Demokraten. Sie sind überlebensnotwendig für uns als Partei. Wenn nun irgendwelche Journalisten und Kommentatoren daherschreiben oder daherpalavern, dass wir als Partei wohl bald ausgedient hätten, dann irren sie sich gewaltig. Einige Sitzverluste bei Wahlen bedeuten nicht im geringsten, dass wir in unserer Existenz bedroht sind. **Unsere Stärke misst sich nicht in Parlamentsmandaten, sondern in unserem Organisationsgrad und unserer vollkommenen Unabhängigkeit von allen Mächtigen!** Diejenigen Leute, welche bei uns Mitglied sind, wollen ganz bewusst die Politik, wie wir sie heute machen. Sie wollen keine reaktionär-kapitalistische Politik à la SVP. Weil wir in dieser konservativ-sozialen Nische politisieren,

gibt es für uns auch weiterhin eine politische Daseinsberechtigung. **Wir haben zwar in letzter Zeit einige Wahlen verloren, weil wir im Volk diese politischen Unterschiede zu andern Gruppierungen zu wenig gut herüberbrachten. Das ist unsere eigene Schuld. Deswegen haben wir aber nicht unser politisches Fundament verloren,** denn wir dürfen freudig feststellen, dass der Mitglieder- und Abonnenbestand unserer Partei seit Jahren nahezu stabil ist. Ja in den letzten Monaten hat der Abonnenbestand sogar wieder zugenommen! Unsere Zeitung hat seit Jahren eine WEMF-beglaubigte Auflage von gegen 11'000 Exemplaren. Das bedeutet aber auch, dass wir entgegen den Unkenrufen mancher Journalisten nicht einfach von der SVP aufgesogen werden können. Darum gab es bisher auch nur sehr wenige Übertritte von SD-Mitgliedern zur SVP. Das war bei der Freiheits-(Auto)Partei anders. Namhafte Teile dieser Partei gingen in der SVP auf, weil deren politische Inhalte sehr weitgehend deckungsgleich waren. Wir müssen uns als Partei demgegenüber nicht vor diesem Effekt fürchten und **für uns ist die SVP einfach – oder nur – eine Konkurrentin und manchmal aber auch eine Partnerin, mit der wir punktuell zusammenarbeiten können.** Ein Zusammengehen oder gar ein Zusammenschluss ist undenkbar, so verlor wir unsere geistige Heimat! Denn manchmal – je nach Thema – ist für uns wie vorhergehend ausgeführt, in den Parlamenten auch eine Unterstützung gemässigt linker Positionen angezeigt. Es geht uns dabei immer um die Sache und nicht um Ideologie so nach dem Motto «alles gute kommt von rechts» oder «alles schlechte kommt von links». **Die SD haben weiterhin Zukunft, wenn es gelingt, diese politischen Unterschiede zur Konkurrenz deutlich herauszuschälen und wenn unsere politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger weiterhin bereit sind, zu diesen Unterschieden zu stehen und sie im politischen Alltag auch umzusetzen. Und laut und deutlich müssen wir immer wieder sagen: Wir sind die nationale Opposition!**



Schweizer Demokraten

Mediale Inquisition



Bernhard Hess,
Nationalrat
und
SD-Zentral-
sekretär, Bern

Fünf FDP-Nationalräte unterschrieben kürzlich eine SD-Motion zur ersatzlosen Streichung der Rassismustrafnorm. Nun folgt in den Medien eine regelrechte Hexenjagd gegen die couragierten Mitunterzeichner.

Als «Theilers Sündenfall» titulierte die jüdische Wochenzeitung «Tachles» in ihrer kürzlichen Ausgabe Nummer 5/05 die Unterschrift von FDP-Nationalrat Georges Theiler unter den SD-Vorstoss zur Abschaffung des Anti-Rassismus-Gesetzes. Diese Motion trägt die Unterschriften von 44 Mitgliedern der SVP-Fraktion, dazu dem Lega-Vertreter, dem Zürcher Markus Wäfler, Mitglied der EDU, sowie der vier FDP-Nationalräte Filippo Leutenegger (ZH), Georges Theiler (LU), Pierre Triponez (BE) und Edi Engelberger (NW). Der SD-Vorstoss verlangt vom Bundesrat ein Gesetz, das «die freie Meinungsäusserung in jedem Fall gewährleistet und durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen einschränkt»: «Insbesondere ist Artikel 261 bis des Strafgesetzbuches (Rassismusartikel) ersatzlos zu streichen.» Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der SD-Motion. Im Parlament wurde der Vorstoss bisher noch nicht behandelt. Er war jedoch gemäss «Tachles» bereits Gegenstand einer Aussprache zwischen einer Delegation des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) und Bundesrat Dr. Christoph Blocher.

Multi-kulti-Meinungsterror

Bekanntlich will Georges Theiler neuer FDP-Präsident werden. Bisher hatte er auch bessere Karten als Fraktionschef Fulvio Pelli. Doch nun schießt sich insbesondere die Ringier-Presse auf ihn ein. Inquisitorisch wird gefragt, ob die Unterschrift Theilers nicht ein politischer Fehler sei oder zumindest als politisch «instinktlos» bezeichnet werden müsse. Noch härter geht der «Blick» aber mit Theilers Parteikollege Filippo Leutenegger um. Er solle «die Juden beleidigt» haben, indem er einerseits die neue Zürcher Kantonsverfassung

bekämpft, welche die Ausdehnung des Religionsartikels auf die muslimische und jüdische Glaubensgemeinschaft vorsieht, obwohl dieses Ansinnen erst kürzlich vom Zürcher Stimmvolk deutlich abgelehnt wurde. Zudem habe auch er die SD-Motion zur Abschaffung des Rassismus-Gesetzes mitunterzeichnet. Gemäss «Tachles» fragt sich nun die Präsidentin der FDP-Zürich, Doris Fiala, wie «weltoffen die Mitunterzeichnung der Motion eines Schweizer Demokraten zur Abschaffung der Rassismus-Strafnorm sei. Zumindest lasse sie einen Mangel an Sensibilität erkennen». Leutenegger will sie anrufen und seine «Beweggründe hören». Jedenfalls zeigt diese Angelegenheit einmal mehr, wie stark auf couragierte Parlamentarier aus der bürgerlichen Mitte Druck ausgeübt wird, wenn sie sich einmal nicht dem ungeheuerlichen medialen Druck und dem Multi-kulti-Meinungsterror einiger einflussreicher Organisationen und ihrer willigen Helfer in den etablierten bürgerlichen Parteien beugen.

Steuergelder für fragwürdige Rassismusbekämpfung

Gemäss einer Medienmitteilung des Eidg. Departements des Innern (EDI) sollen der staatlichen Kampagne «gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit», trotz leeren Staatskassen, neu ab 2006 1.1 Millionen Franken jährlich zur Verfügung stehen. Bereits 2001 hatte der Bundesrat den Fonds «gegen Rassismus und für Menschenrechte» grosszügig mit 15 Millionen Franken dotiert. Darauf hin entwickelte sich bei der neugegründeten Fachstelle für Rassismusbekämpfung eine regelrechte Selbstbedienungsmentalität. Gemäss EDI-Medienmitteilung wurden bislang beim Fonds gegen Rassismus und für Menschenrechte insgesamt 815 Projekte eingereicht, welche mit 13 Millionen Franken unterstützt wurden. Im Zahlenvergleich: Aufgrund der Pissoir-Hirschhornausstellung in Paris wurde der Pro-Helvetia-Kredit richtigerweise um eine Million Franken gekürzt. Hier gibt man das Geld für noch unsinnigere Projekte mit vollen Händen aus. Auch sind die Kanäle schleierhaft. Jedenfalls muss die Regierung dank eines SD-Vorstosses im Nationalrat in Bälde darüber Auskunft geben, ob nicht sogar gewaltbereite Antifa- und Anti-Rassismusorganisationen von diesem grosszügigen Geldsegen Gebrauch machen können.



Dem Bundesrat, der Mehrheit des Parlamentes und den gutbezahlten Projektleitern gegen angeblichen Rassismus sei hinter die Ohren geschrieben, dass sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nur mit der konsequenten Eindämmung des Asylrechtsmissbrauchs, mit dem Abbau der Ausländerkrimina-

lität und einer konsequenten Begrenzung der Einwanderung bekämpfen lassen. Die Millionenbeträge, die hier grosszügig gesprochen wurden und noch werden, dienen einzig dazu, einmal mehr einige Multi-kulti-Seilschaften mit Steuergeldern zu versorgen.

Je mehr ausländische Professoren, desto besser?

Glosse zum 150-Jahre-Jubiläum der ETH Zürich

Dieses Jahr feierte die ETH Zürich ihr 150-Jahre-Gründungs Jubiläum, an sich ein Anlass, um auf eine beispiellose Erfolgsgeschichte zurückzublicken. Leider trübt aber der in der Schweiz heute übliche Geist der eidgenössischen Miesmacherei den vorurteilsfreien Blick auf diese Geschichte. Von den Dreissigerjahren bis in die Nachkriegszeit der Sechziger wurde der Lehrkörper der ETH nämlich immer «nationaler», das heisst der Anteil der Professoren ausländischer Nationalität sank bis auf unter 10 Prozent ab. Ausgerechnet in dieser Zeit fand die Hochschule aber den Anschluss an die Spitzenforschung und nahm ihr Ansehen als auch international angesehene Forschungsstätte mit vielen Nobelpreisträgern zu! Das passt nun gewissen Kommentatoren, für welche die Gleichung «je mehr Internationalität beziehungsweise je mehr Ausländer desto besser» gilt, überhaupt nicht! So nennt der Zürcher Tages-Anzeiger den Befund zum Beispiel «paradox». Was nicht sein darf, ist auch nicht! Leider ist das ein Ausdruck des kollektiven Minderwertigkeitsgefühls und der Selbsterniedrigung, unter welchen die zeitgenössische

Schweiz leidet. Heute beträgt der entsprechende Anteil wieder 60 Prozent. Das Heil wird aber nicht etwa in der Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte gesucht, sondern trotz des stark gewachsenen Anteils ausländischer Professoren im Import von noch mehr solchen Dozenten!

Gelingt es uns nicht, uns aus diesem Teufelskreis zu befreien und zu einem neuen nationalen Selbstbewusstsein zurückzufinden, wird es mit der Schweiz leider weiter abwärts gehen, und das nicht nur in Wissenschaft und Forschung!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat



Wie sicher ist unser Geld?

Merke: «Gold repräsentiert immer noch die höchste Zahlungsform der Welt. Papiergeld wird im Extremfall von niemandem entgegengenommen, Gold dagegen wird immer angenommen.»

Alan Greenspan, Präsident der US-Notenbank

Diese Aussage macht stutzig angesichts des Verkaufs der Hälfte der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank, da man sie zur Absicherung der Währung angeblich nicht mehr benötige. Dies nicht zuletzt auf Druck des IWF (Internationaler Währungsfonds). An deren Stelle liegen Milliarden von Papier-Dollars in den Kellern der Nationalbank. Bedrucktes Papier, das keinen realen Wert darstellt, da die USA keine Staatsgarantie auf dieses private Geld geben. Es basiert nur auf dem Prinzip «Hoffnung und Vertrauen» in die Kontinuität der US-Wirtschaft und die Ehrlichkeit der amerikanischen, privaten Notenbank der Rockefeller und Rothschild. Dieses Vertrauen ist naiv angesichts der Tatsache, dass wir den Werteverfall des Papierdollars seit über 30 Jahren beobachten können. Ein Werteverfall, der seit der Ära Bush II ein Tempo angenommen hat, von dem Hervé Gaymard, der französische Finanzminister, kürzlich sagte: **«Geht die Talfahrt weiter so, steuert die Welt auf eine ökonomische Katastrophe zu.»**

Zum Mechanismus ist folgendes zu sagen:

Die Staaten der Welt nehmen das US-Geld, das die Amerikaner für die Importware bezahlen, und leihen es den Vereinigten Staaten zurück. Etwa indem sie US-Staatsanleihen kaufen. So finanzieren sie den US-Konsumboom. In den USA selber fehlt dafür das Geld. Die Sparquote ist mit 0,2 Prozent niedrig.

Lange Zeit störte sich niemand an dieser Spirale, weil sie für alle Vorteile zu haben schien. Die Amerikaner konnten konsumieren, während die Handelspartner tüchtig exportierten. Inzwischen hat das Ganze ungesunde Ausmasse erreicht. Allein in den asiatischen Zentralbanken haben sich Dollarbestände in der Höhe von 1800 Milliarden angehäuft. Um den Amerikanern ihren Konsum zu finanzieren, muss die Welt fast zwei Milliarden in die USA hineinpumpen – täglich. Allein in den letzten zweieinhalb Jahren ist die Gesamtverschuldung der Vereinigten Staaten um 1000 Milliarden

gestiegen. Insgesamt steht Uncle Sam im Moment mit über 3000 Milliarden Dollar bei der Welt in der Kreide. Jede Firma wäre bei einer solch hohen Verschuldung ein Sanierungsfall.

Gibt es Warnungen?

Wer aufmerksam die Presse verfolgt, braucht bloss einige Titel der letzten Monate in Erinnerung zu rufen, um die Dramatik der Situation zu erkennen. Einige Beispiele:

Nationalbanken: Grosse Verluste wegen Dollarschwund – Dollarschwäche: Oel nur noch gegen Gold

Red. Zeit-Fragen vom 2.2.2004

Die USA leben von allen andern – das höchst verschuldete Land der Welt.

Richard Anderegg, Washington, in Schweizerzeit vom 6.2.2004

Die USA steuern mit Volldampf in den Ruin – Asien spart und finanziert das Defizit der USA

Meinrad Ballmer im Tages-Anzeiger vom 1.10.2004

Der US-Dollar im freien Fall

Hans Peter Arnold in BeZ. Vom 18.11.2004

Ist der Dollar bald nur noch Geschichte?

Red. NZZ am Sonntag vom 12.12.2004 – basierend auf einem Artikel im Economist

Gutes Wachstum – viele Risiken – Ein ungewohnter Pessimismus der amerikanischen Wirtschaftsexperten in Davos

Walter Meier in der NZZ am Sonntag vom 30.1.2005-02-15

Zeitbombe Dollar

Die Dollarschwäche nimmt bedenkliche Ausmasse an. Die Angst vor einer globalen Währungs- und Wirtschaftskrise wächst. Kippt 2005 die Weltkonjunktur?

Erik Nolmans und Stefan Lüscher in Bilanz 1/2005

Es ist eigentlich recht erstaunlich, dass in dieser Situation dem Schweizervolk keinerlei Warnungen zukommen – weder von politischer noch wirtschaftlicher Seite, dass

– Verschuldung ein existentiell gefährdender Zustand ist – sowohl privat wie auch von der öffentlichen Hand;
– nur reale Werte wie Wohnungen, Liegenschaften, Land, langlebige Gebrauchsgüter und eben Gold



(sei es in Form von Münzen oder Barren) eine echte Sicherung in einer Währungs- und Wirtschaftskrise bedeuten.

Dagegen wird in unverantwortbarer Art Konsum-Wachstum gepredigt, das unter verschiedenen Titeln problematisch ist. Die Begründung für diese Haltung – Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – ist ein Schattenboxen, solange gleichzeitig der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften generell nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert wird.

Eine kleine Lektion zum Thema «Geld»

Geld ist ein legalisiertes Tauschmittel, welches auch zur Aufbewahrung von Werten benutzt werden kann. Die Ausgabe von Geld ist deshalb von jeher ein staatliches Privileg, das nur durch die USA mit der Gründung der privaten FED zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchbrochen wurde. Die als Geld umlaufenden Gold-, Silber- und Kupfer-Münzen waren vom jeweiligen Staat bezüglich Reinheit und damit Wert garantiert.

Der Staat musste aber, um Geld ausgeben zu können, das entsprechende Edelmetall auch besitzen, um die Münzen prägen zu können. Damit war garantiert, dass der Staat nur soviel Geld ausgeben konnte wie er wirklich Edelmetall besass. Das zwang die Inhaber der Staatsgewalt zur monetären, resp. Haushalt-Disziplin. Bis zum Ersten Weltkrieg war die «Goldumlaufwährung» noch das übliche.

Nun hat jede Goldumlaufwährung den Nachteil (?), dass Gold nicht so leicht vermehrbar ist. Wenn also die Wirtschaft wächst, kann das vorhandene oder eben nicht vorhandene Gold eine Bremswirkung ausüben. Deshalb gingen viele Staaten zu einer indirekten Goldwährung über. Sie hatten einen bestimmten Goldvorrat und gaben auf seiner Basis staatliche Zentralbanknoten aus. Diese sind leichter zu handhaben und ihr Wert beruht auf der Tatsache, dass sie jederzeit gegen Gold oder Silber umge-

tauscht werden konnten (Goldkernwährung).

Da immer nur wenige Geldschein-Inhaber den Umtausch vornehmen wollten, konnten die Staaten viel mehr Notengeld ausgeben, als sie tatsächlich an Edelmetall besaßen. In der Regel betrug das tatsächlich vorhandene Edelmetall nur noch höchstens 10 Prozent der Geldscheinmenge, welche im Umlauf war.

Das System funktionierte weltweit, weil Länder ohne einen eigenen Goldschatz einen festen Tauschwert zu Goldkernwährungen garantierten. Damit hatte der Besitzer des Papiergeldes stets die Garantie, über einen doppelten Umtausch einen realen Wert einfordern zu können.

Ein labiles System wird geschaffen

1913 wurde in den USA das Federal Reserve System ins Leben gerufen. Gegen die Verfassung wurde von der Grossfinanz unter Führung der Rothschild und Rockefeller eine private Zentralbank durchgesetzt, welche nun privates Geld – green back – ausgeben konnte. Anfänglich übernahm die amerikanische Zentralregierung dafür noch die Werte-Garantie. In dieser privaten Bank wurden nach dem Ersten Weltkrieg die Goldreserven der Welt zusammengekauft, sodass verschiedene Währungen den Goldstandard nicht mehr halten konnten und zusammenbrachen = erste Weltwirtschaftskrise.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde dann mit den Verträgen von Bretton Woods eine neue Goldkernwährung mit dem Dollar beschlossen. Im Vorfeld hatten sich die USA die Rüstungsgüter mit Gold bezahlen lassen, sodass in jenem Moment rund 30'000 Tonnen Gold in den USA lagen, mehr als in der übrigen Welt vorhanden war. Da nur der Dollar für die meisten Länder zur Hauptwährungsreserve geworden war, kam es zur Dollarherrschaft.

1971 kündigte US-Präsident Nixon die Einlösungspflicht des Dollars und zugleich die Haftung des Staates für den Dollar.

Seitdem sind die Dollarnoten weder real durch Gold noch durch Staatshaftung gedeckt; also eine freie private Währung der Federal Reserve Bank (FED).

Damit sind wir da angelangt, wo das Geld nur noch durch das Prinzip «Glauben und Hoffnung» gestützt wird. Tatsächlich hat sich die Gütermenge der Welt in den letzten 30 Jahren vervierfacht, die

Geldmenge jedoch vervierzigfacht. Und das bedeutet nichts anderes als Inflation. (An dieser Stelle soll sich jedermann überlegen, wie viel seine Ersparnisse innert dieser 30 Jahre an Kaufkraft verloren haben.)

Der heutige Zustand

Heute hat keine Währung der Welt noch irgend eine reale Wertgrundlage. Das Papiergeld wird gerade von der FED hemmungslos neu gedruckt und durch die ständige Vermehrung entwertet.

Dass die Leute immer noch glauben, das Geldpapier habe einen festen Wert, liegt an der geschickten Manipulation der Devisenkurse. Diese Kurse werden von den gleichen Gruppen manipuliert, die auch die Geldmenge hemmungslos vermehren.

Praktisch hat das von der US-Grossfinanz gesteuerte und ihnen gehörende private Federal-Reserve-System Welt-Geld – Bedeutung erlangt. Mehr als 75 Prozent aller Geldquantitäten sind Dollars.

Die US-Grossfinanz hat auch die von ihr kontrollierten Rohstoffmärkte gezwungen, nur in Dollars zu verkaufen. Wer sein Öl nicht gegen wertlose Dollars, sondern z.B. gegen Euro verkaufen will oder gar Gold als Zahlungsmittel verlangt, sieht sich plötzlich zum Terroristen deklariert und tut gut daran, sich auf sein Ende vorzubereiten. (Saddam Hussein und neuerdings Mohamed Mahathir, der den Saudis empfiehlt, Öl nur noch gegen Gold zu verkaufen.)

Die Zentralbanken der meisten Länder werden gezwungen, die Dollars als Währungsreserve anzu-

nehmen. So beruht der Euro heute zu über 90 Prozent auf wertlosen, nur durch die Macht und den Willen der US-Grossfinanz gehaltenen Papierdollars.

Das gilt auch für die Schweizerische Nationalbank; womit wir auf das Geheimnis gestossen sind, wieso die Hälfte unserer Goldreserven angeblich nicht mehr nötig sein sollen, obwohl unsere Wirtschaft und damit der Geldbedarf in den letzten 40 Jahren gewaltig zugenommen hat. Das Gold der Welt hat sich wie vor der ersten Weltwirtschaftskrise wieder bei den Eigentümern der FED konzentriert. Ein neuer Goldstandard könnte praktisch nur nach deren Willen und unter ihrem Diktat wieder eingeführt werden. Und sie selbst werden ein neues Jahrhundertgeschäft machen.

Wir stehen heute vor der Tatsache, dass die US-Grossfinanz und der Staat die ganze Welt mit Hilfe der wertlosen Dollarscheine auspowern können.

Die Empfehlung eines Fachmannes:

Richard Russell, der Herausgeber des «Börsenbrief», antwortete auf die Frage nach der besten Geldanlage in einer Krise:

«Die beiden besten Anlagen sind zwei Dinge, welche die Menschen nicht haben: Bargeld und Gold. Gold ist und war immer das beste Geld in der 5000-jährigen Geschichte der Menschheit. Man konnte damit die Notwendigkeiten des Lebens kaufen. Gold ist diametral entgegengesetzt zu Papier.»

Hans Spitz, Köniz

Scharf beobachtet

Die monatliche Kolumne von e. Nationalrat Valentin J. Oehen

Ein Appell an die Jugendlichen: Lasst euch nicht manipulieren!



Valentin J. Oehen-Christen, e. Nationalrat, Köniz

Wer das politische Geschehen längere Zeit beobachtet, dem wird Angst und Bange ob der Tatsache, wie erfolgreich die «da oben» das Volk manipulieren.

Da werden z.B. vor einer umstrittenen Abstimmung

- schöne, wohlklingende Versprechen gemacht;
- befürchtete Entwicklungen als unmöglich disqualifiziert;
- Bedenken aller Art als unbegründet abgetan;
- Emotionen, insbesondere Angst, gepeitscht,

bis der Stimmbürger kaum noch weiss, wo ihm der Kopf steht.

Und dann kommt der Volksentscheid!

Dieser wird als gut, klug und weitsichtig vom Vertreter des Bundesrates gelobt (wehe, wenn ein Bundesrat dieses Spielchen nicht mitmacht!), sofern er der bundesrätlichen Absicht entspricht.

Oder aber, das Volk war zu wenig informiert, von den Gegnern der Vorlage getäuscht oder emotional

verblendet, wenn der Entscheidung den Intentionen der «Oberen» zuwiderläuft.

Und dann geht man zur Tagesordnung über – und versucht klammheimlich, das gewünschte Resultat auf irgendeinem Weg doch noch zu erreichen.

Und es ergiesst sich ein Strom von Nachrichten über das Volk: Belanglosigkeiten, bunt gemischt mit ernstesten Abhandlungen, Sportnachrichten, Klatsch und Katastrophen-Meldungen aus aller Welt. Und unter dieser Flut geraten die seinerzeitigen Aussagen rasch in Vergessenheit. Wie die Entwicklung auch immer läuft, nach dem Motto der alten Römer **«Panem et circenses»** – **«Brot und Spiele»** wird das Volk bei Laune gehalten.

Und wenn die nächste bedeutungsvolle Vorlage zur Abstimmung kommt, sind die früheren Versprechungen und Erklärungen längst vergessen. Und wieder werden frisch-fröhlich Behauptungen aufgestellt, Erklärungen abgegeben, Tatsachen verdreht und man zählt auf das berühmte, kurze Gedächtnis des Volkes. Leider sehr oft mit Erfolg.

So geschieht es im eigenen Land. **Mein Rat: Legt euch eine einfache Kartei an (sei es im PC oder als Kärtchen-Kartei), in welche ihr die wesentlichsten Aussagen der**

politischen Exponenten und die eigenen Beobachtungen vermerkt. Dazu besorgt euch etwa alle drei Jahre das Statistische Jahrbuch der Schweiz und vergleicht das einschlägige Zahlenmaterial mit den herumgebotenen Aussagen. So schafft ihr euch die Grundlage zur eigenen, freien Meinungsbildung!

Die internationale Manipulation ist noch schlimmer!

In seinem Buch «Verdeckte Ziele» schreibt der bekannte australische Journalist John Pilger u.a.: «dass die reichen Staaten und die multinationalen Konzerne, angeführt von den Vereinigten Staaten, die Welt ausbeuten und unterdrücken, geschützt durch eine weit reichende, weltweite Gleichschaltung der Medien.»

Und weiter: «90 Prozent der Pressemeldungen aus aller Welt und der aktuellen politischen Berichterstattung gehen auf einen immer kleiner werdenden Kreis immer reicherer und immer mächtigerer Informationsquellen zurück.»

Der wahre Zustand der Welt wird verschleiert; mit dem Schlagwort «Globalisierung» wird via Strukturanpassungsprogrammen, hinter denen Weltbank, Internationaler Währungsfonds und das US-Finanzministerium stehen, eine ungeheuerliche Umverteilung der Reichtümer dieser Welt organisiert. Seit den 80er-Jahren sind mehr als 90 Staaten de facto ruiniert worden.

Dank der Manipulation der Medien merken die Einwohner der Industriestaaten nicht, dass nicht eine «Deregulation» sondern eine «Destruktion» praktiziert wird. Was sich auch in Europa abspielt,

ist die Enteignung der Staaten durch Grosskonzerne (Privatisierung von Elektrizitätsversorgung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Post und Fernmeldedienste usw.) und die Aushöhlung von traditionellen Werten wie Familienstrukturen, bäuerliche Landwirtschaft, Selbstversorgung, Solidarität und Gerechtigkeit, religiöse Bindungen, Subsidiarität und Basisdemokratie, Heimatbewusstsein usw. usf. Das alles passiert hinter der Fassade von Fortschritt, Weltoffenheit und Modernität.

Meine Empfehlung an die junge Generation: Lasst euch nicht durch die Unterhaltungsindustrie und die Spass-Gesellschaft vereinnahmen. Engagiert euch in politischen Organisationen und studiert Bücher wie z.B.

– John Pilger, *Verdeckte Ziele. Über den modernen Imperialismus*

– Seymour M. Hersh, *Die Befehlskette*

– Ferdinand Lips, *Die Goldverschwendung und andere politische und gesellschaftspolitische Analysen.*

Solche Bücher sind keine Belletristik, aber spannend wie gute Krimis.

Sie liefern euch Informationen für ein zielgerichtetes Verhalten im privaten und öffentlichen Leben. Seid euch bewusst, dass die Freiheit immer neu erkämpft werden muss und dass die demokratische Staatsform anspruchsvoll und also nichts für Faulenzer ist.

Eine funktionierende, selbstbewusste Gesellschaft mit einem hohen ethisch-moralischen Standard als Lohn ist den Schweiss der Edeln wert! Und zu diesen sollt ihr euch zählen dürfen!

Der Europäische Haftbefehl

Was die Schweizer nach einem «Schengen-Beitritt» erwartet

In der Zeitschrift TOPIC, Ausgabe November 2004, stand folgende fiktive Geschichte geschrieben:

Es ist neun Uhr morgens. An der Tür der TOPIC-Redaktion klingelt es. Der Redaktionsleiter S. öffnet. Vor ihm stehen zwei Polizisten. Einer hält ein Papier in der Hand und sagt: «Herr S. Sie sind verhaftet. Hier ist der *Europäische Haftbefehl* dazu. Bitte packen Sie ein paar Sachen zusammen und kommen Sie mit.» S. ist völlig perplex und fragt: «Was habe ich denn verbrochen? Ich bin noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten.» Der Beamte tippt auf das Papier und erwidert: «Sie sind in Paris von einer Justizbehörde wegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angeklagt worden. Mehr kann ich Ihnen auch nicht sagen». Der deutsche Haftrichter kann später auch nichts Näheres zu den Umständen sagen, ausser: «Es tut mir leid, aber keine deutsche Behörde kann mehr etwas für Sie tun. Viel Glück in Frankreich.»

In Paris angekommen, wird S. in eines der berühmtesten Gefängnisse Frankreichs gesteckt, zusammen mit Schwerverbrechern ausländischer Herkunft. Dann erscheinen französische Justizbeamte mit einem Dolmetscher und klären S. auf, warum er in Paris in Haft sitzt. Er habe in seinem Presseorgan «TOPIC» mehrfach gegen die Freimaurer gehetzt. Zuletzt in der Ausgabe November 2004 im Artikel zum Fall Buttiglione. So etwas sei in Frankreich strafbar und eine Loge habe ihn verklagt. Darauf erklärte S., dass dies in Deutschland unter die freie Meinungsäusserung falle und er die Bestimmungen des deutschen Pressegesetzes exakt eingehalten habe. «Das mag sein», sagt der französische Untersuchungsrichter, «doch bei uns gelten andere Gesetze.» «Aber die kann ich doch gar nicht kennen», erwidert S. «Ihr Problem», entgegnet der Richter achselzuckend, «warten Sie Ihre Verhandlung ab.»

Neue Rechtsgrundlage

Dieser konstruierte Fall ist leider gar nicht so konstruiert, wie es scheint. Seit August 2004 ist nämlich in Deutschland der *Europäische Haftbefehl* (EHB) gültig, der im gesamten Europa eine neue Rechtsgrundlage schafft. Dieser EHB dient der «Schaffung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts» in der EU. Damit sollte die justizielle Zusam-

menarbeit bei Zivil- und Strafsachen verbessert werden. Hintergrund war der Umstand, dass eine schnelle Strafverfolgung in der EU bisher nicht möglich war. Künftig werden Personen, die einer *Straftat verdächtigt* werden und sich im europäischen Ausland aufhalten, einfach dem anklagenden EU-Land «überstellt». Die EU-Staaten haben sich auf einen Katalog von *32 Straftaten* geeinigt. Darunter sind «Terrorismus», «Vergewaltigung», «Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung», «Umweltkriminalität» und «Rassismus und Fremdenfeindlichkeit». Nach der Einführung des EHB im August 2004 kann jeder EU-Bürger auch ausserhalb seines Heimatlandes angeklagt werden. Selbst dann, wenn die Tat in seinem Heimatland keine Straftat ist, aber im europäischen Ausland so gewertet wird. Das Grundgesetz scheint gegenüber europäischen Übereinkünften zurückstehen zu müssen, besonders dann, wenn es gilt, damit den Terrorismus besser bekämpfen zu können, was man sich durch den EHB erhofft. In vielen Ländern gilt das Prinzip des «natürlichen Richters». Wer angeklagt ist, dessen Verfahren wird entweder vor dem Gericht verhandelt, das für seinen Wohnort zuständig ist, oder vor dem Gericht, in dessen Bezirk eine Straftat verübt wurde. Somit gibt es immer eine «natürliche» Nähe zwischen Tat und Täter. Diese «natürliche» Nähe ist oft wichtig bei der Ermittlung der Wahrheit, z.B. wenn Tatorte von Gerichten in Augenschein genommen werden müssen oder sich plötzlich noch Zeugen melden. Auch die *örtliche Presse* spielt eine nicht unbedeutende Rolle. In der Gerichts-Berichterstattung müssen Richter stets damit rechnen, dass ihre Leistungen öffentlich bewertet werden, was sie immer wieder zu einer qualifizierten Rechtsprechung anspornt. Dieses Prinzip des «natürlichen Richters», das in gewisser Weise einen fairen Prozess garantiert, wird durch den EHB völlig umgestossen. Wer wegen einer Anklage ins ferne Ausland abtransportiert wird, kann nicht mehr damit rechnen, dass sich eine öffentliche Meinung hinter ihn stellt, kann nicht mehr davon ausgehen, dass sich eventuell noch Zeugen melden, kann auch nicht darauf hoffen, dass sich Richter bei der Wahrheitsfindung Mühe geben, da sie sonst in der öffentlichen Kritik stehen.

Andere Zwecke

Ausgehend von dieser Analyse kann der Verdacht aufkommen, dass der EHB sich eher als Instrument dazu eignet, missliebige EU-Bürger geräuschlos aus dem Verkehr zu ziehen, und sie in den Weiten europäischer Gerichtsbarkeit verschwinden zu lassen. Ob der EHB ausschliesslich für eine effektivere Bekämpfung des Terrorismus verwendet wird, muss sich erst zeigen. Schon öfters wurden Massnahmen zur Terrorabwehr plötzlich für andere Zwecke verwendet. In Bezug auf den EHB werden Befürchtungen dadurch genährt, dass der EHB auch die Beschlagnahme von Gütern des Angeklagten vorsieht. Hierdurch eröffnet sich die Möglichkeit, den vermeintlich Schuldigen nicht nur ins ferne Ausland zu einem Prozess zu verschleppen, sondern ihn durch Einzug oder Blockierung seines Vermögens daran zu hindern, seine Verteidigung von zu Hause aus zu organisieren und zu bezahlen.

In einem Artikel führt der italienische Jurist und ehemalige Richter Dr. Carlo Alberto Agnoli aus, dass mit dem Vorwurf von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der zum 32-Punkte-Katalog des EHB gehört und sofort zur Auslieferung führt, praktisch jeder ganz leicht beschuldigt werden kann. Besonders für Christen könnte der EHB bald zu einem Fallstrick werden. Ab sofort wird es ein Leichtes sein, Christen auf europäischer Ebene wegen einer kritischen Haltung zu anderen Religionen oder sexuellen Verhaltensweisen anzuklagen. Dazu reicht schon ein scharf formu-

lierter Artikel im Internet, der in Deutschland noch unter die Meinungsfreiheit fallen mag, andernorts aber alle Voraussetzungen für eine Anklage erfüllt. Agnoli nennt das Verbrechen des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit, das auch die Diskriminierung aufgrund von Überzeugungen einschliesse, das «Superverbrechen». Jeder Mensch habe dieses Verbrechen mit Sicherheit unzählige Male in seinem Leben begangen. Es ist das *Verbrechen des Denkens!* Agnoli schreibt dazu: «Wer auch immer ein wenig juristische, philosophische, historische Bildung besitzt, weiss, dass die Grundlage jedes modernen Totalitarismus genau in der Kriminalisierung, soweit wie möglich, sämtlicher Untertanen besteht. Wenn alle schuldig sind, können sie alle verurteilt werden. Wenn alle verurteilt werden können, lässt sich jeder Dissident (Andersdenkender) in jedem beliebigen Augenblick zermalmen.»

Warum diese Geschichte? Mit der Annahme des Dossiers «Schengen» müsste die Schweiz das *Schengener Acquis* übernehmen sowie das ganze (heute noch unbekannte) Folgerecht. Da hinein gehört auch der *Europäische Haftbefehl*. Denken – ein Verbrechen? Andersdenkende – Verbrecher?

Wollen wir das? Sicher nicht! Deshalb unterschreiben Sie das Referendum «Nein zu Schengen», damit wir – die Bürgerinnen und Bürger – abstimmen können, ob wir uns tatsächlich freiwillig in die Willkür begeben wollen.

Anita R. Nideröst, Zürich

Die Wahrheit über Schengen/Dublin

Wenn das Schweizervolk am 5. Juni 2005 über Schengen/Dublin abstimmt (ein Abkommen der Bilateralen II zwischen der Schweiz und der EU) rütteln wir ganz gewaltig an den Fundamenten der Schweiz. Und bevor man überhaupt über Schengen/Dublin reden dürfte, sollte man doch wirklich zuerst über grundsätzliche Punkte, die die Schweiz betreffen, diskutieren, ja heftig debattieren. Denn es geht für unser Land um sehr viel. Das schnelle Vorgehen des Bundesra-

tes, des Parlamentes, der Parteien, der Kommissionen, von gewissen Verbänden der Wirtschaft mit dem Dach Economiesuisse (also den Befürwortern) ist sehr verdächtig und gegenüber unserem Land und unserem Volk mehr als unverständlich, ja sogar verwerflich. Die Schweizer Grenzen zu öffnen ist ein Entscheid von grösster Tragweite und darf unter keinen Umständen über den bilateralen Weg entschieden werden. Sollten die Grenzen via Schengen/Dublin

Fortsetzung von Seite 6

geöffnet werden, wird das für unser Land in verschiedenster Hinsicht negative Folgen haben. Auch ist es der erste Schritt in die EU, anschliessend folgen in weiteren Schritten die Zoll- und die Währungsunion und dann wird er nicht mehr abzuwenden sein, der Beitritt zur EU.

Dann ist es für eine Debatte zu spät. Eine Debatte muss tiefgreifend und gründlich vor dem ersten Schritt der Öffnung – nämlich Schengen/Dublin – erfolgen und muss eine Grundsatz-Debatte sein, Schweiz wohin, wie und wann wohin. Denn es gibt nach dem ersten Schritt kein Zurück mehr – denken Sie nur an die bereits tätigen

ten finanziellen, organisatorischen und administrativen Veränderungen – denn dann folgen unweigerlich die nächsten Schritte.

Die Schweiz hätte bis im Dezember 2004 die Möglichkeit gehabt, ein SchengenLight zu bekommen. Die EU wäre ohne irgendwelche Auflagen einverstanden gewesen. Im Januar 2001 hat der Bundesrat durch Herrn Deiss der EU mitgeteilt, dass die Schweiz Schengen/Dublin übernehmen möchte. Die EU hat sich selbst gewundert, dass die Schweiz diesen Wunsch geäussert hat, denn im Jahr 1999 hat der gleiche Bundesrat der EU zu verstehen gegeben, dass aus Souveränitäts-Gründen die Schweiz dem Abkommen Schengen/Dublin nicht beitreten könne. Und trotz-

dem hat der Bundesrat im Dezember 2004 in Brüssel alle Vereinbarungen ratifiziert, dies ohne Volksdebatten, sondern über den Weg der Bilateralen II. Für dieses Vorgehen darf es keine Entschuldigung geben, weil das Volk bilateralen Vereinbarungen zugestimmt hat.

Die EU mit dem heutigen Konzept und mit dem bisherigen und zukünftigen Vorgehen wird viele Unfälle erleiden, warum sollten unser Volk und unser Land auch hineingezogen werden?

Auch ist unser Land für Schritte, die in Richtung EU führen, nicht vorbereitet. Es ist unbegreiflich, dass in unserem Land nichts Entscheidendes passiert, denn bei einer Annahme von Schengen/Dublin werden für unser Land unwei-

gerlich in verschiedenster Hinsicht schwere Zeiten anbrechen. Darum sollte man endlich dem Volk die umfassende Wahrheit sagen. Es braucht eine detaillierte Offenlegung des gesamten Inhaltes des Abkommens Schengen/Dublin. Auch muss dem Schweizervolk genügend Zeit für Debatten eingeräumt werden.

Die nächsten Beiträge befassen sich mit: Was geschieht, wenn Schengen/Dublin abgelehnt wird? Die Informations-Systeme SIS und Eurodac, Kosten-Problematik, Sicherheit und viele andere Themenkreise im Zusammenhang mit Schengen/Dublin.

Albertino Pierino Steiner,
Wirtschafts- und Politberater

Vor 60 Jahren wurden Schweizer Städte bombardiert

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, im Februar und März 1945, bombardierten die USA verschiedene Schweizer Städte und Ortschaften. Ob sich die Bomben verirrt oder gezielt abgeworfen wurden, wurde nie geklärt.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden in der Schweiz 7379 Fliegeralarme ausgelöst und vor allem über den Grenzkantonen 70 Mal Bomben abgeworfen. 84 Personen kamen ums Leben, Hunderte wurden verletzt. Die Sachschäden beliefen sich auf 65 Millionen Franken.

Die folgenschwerste Bombardierung war jene von Schaffhausen: Am 1. April 1944 lud die US-Luftwaffe 371 Bomben über der Stadt ab und löste 65 Grossbrände aus. 40 Personen starben, 270 wurden verletzt. US-Präsident Franklin D. Roosevelt entschuldigte sich umgehend.

18 Menschen starben am 22. Februar 1945, als Bomben in Stein am Rhein SH, Vals GR und Rafz ZH einschlugen. Am 4. März schliesslich bombardierten die USA Basel und Zürich. Um 10.13 Uhr warfen neun Maschinen ihre Bomben auf den Basler Güterbahnhof ab.

Getroffen wurde auch ein voll besetzter Personenzug, der Basel um 10.10 Uhr Richtung Olten verlassen hatte. Wie durch ein Wunder kam an diesem Tag in Basel niemand ums Leben. In Zürich dagegen gab es Tote.

Um 10.19 Uhr schlugen 50'225-Kilogramm-Bomben und 6 Brandsätze im Zürcher Milchbuck-Quartier ein. Aus den Trümmern von zwei völlig zerstörten Häusern

konnten fünf Bewohner nur noch tot geborgen werden, zehn Personen wurden schwer verletzt.

Warum Schweizer Ortschaften bombardiert wurden, wurde nie geklärt. Die Alliierten sprachen von Irrtümern. Bei den Bombardierungen vom 22. Februar 1945 gaben sie Navigationsfehler an. Zu Basel hiess es, die Geschwader hätten den Bahnhof mit jenem von Freiburg im Breisgau verwechselt. Die Basler Presse aber war überzeugt, dass der Bahnhof bei klarer Sicht gezielt bombardiert wurde.

Von der Bombardierung am 15. März 1943 im Norden Zürichs wurde angenommen, dass sie der Maschinen- und Waffenfabrik Oerlikon galt. Und die Stimmen verstummten nicht, die in den Bombardierungen Denkkzettel dafür sahen, dass die Schweiz das Deutsche Reich mit Waffen, Devisen und weiteren Gütern versorgt hatte.

Bei den militärgerichtlichen Untersuchungen zu den Vorfällen von Basel und Zürich wurden die Piloten mangels Beweisen freigesprochen.

Auch in Moutier wurde der Bahnhof durch die US-Luftwaffe bombardiert. Ich selber (Jg. 1933) fuhr mit dem Velo von Matzendorf (SO) nach Moutier und habe die Verwüstung gesehen. Einheimische Leute erzählten, dass der Bahnhof wegen den Lieferungen der *Dornos* (Kriegsmaterial) nach Deutschland bombardiert worden sei. Schaffhausen *Georg Fischer* usw. waren Navigationsfehler oder Irrtümer?

Angelo Bader, Baden

JSD -Standpunkt

Antisemitismus und Schlümpfe

Ein englisches Boulevard-Magazin outet die bemützten Comicfiguren

Nicht nur Mel Gibsons neuer Film «The Passion» wird von jüdischen Organisationen als antisemitisch bezeichnet. Vor amerikanischen Kinos mit Transparenten aufzuwarten und friedliche Besucher politisch zu kategorisieren, scheint nicht nur hierzulande im Trend zu liegen.

So sollen dem Vernehmen nach nun auch die Schlümpfe, die als Zeichentrickserie oftmals Eingang in viele Kinderzimmer gefunden haben, jüdenfeindliche und rassistische Tendenzen aufweisen.

Die Vertreter dieser Behauptungen führen dabei einige Argumente ins Treffen: Beispielsweise sei erwähnt, dass Schlumpffänger Gargamel den Judendarstellungen der Nationalsozialisten sehr ähnlich erscheint. Schmutzige Kleidung, Hakenase, fettiges Haar und Buckel. Des Weiteren entspringt auch sein Name der jüdischen Kultur. Die Schlümpfe hingegen werden als Versinnbildlichung der Deutschen und damit auch der Germanen dargestellt. Als einziges Mitglied unter braven, anständigen und pflichtbewussten Männern weilt eine einzige Frau. Schlumpfine, hübsch, blond, blau-äugig. Geschlechtsakte sind selbstverständlich ausgeschlossen. Der Komplize Gargamel, der Kater Azrael, dessen Name der jüdischen Mythologie entspringt, will den Untergang einer «schlauen» Minderheit mit allen Mitteln zu Wege bringen. Schliesslich sind die beiden ja auch die Feinde der «Blauen» und wollen deren Rasse auslöschen! Weiter sollte auch erwähnt werden, dass



Fideles Schlumpfleben: Nicht frei von Vorurteilen und Ausgrenzern?

der Name Azrael für den jüdischen Todesengel steht, der den Körper von der Seele trennt.

Wesentlich interessanter ist aber die Tatsache, dass auch der Ku-Klux-Klan ins Spiel gebracht wird. So soll der Erfinder der Schlümpfe, Pierre Culliford, Kontakte zum Klan gepflegt haben... Die weissen Mützen sind der Einstieg in diese Theorie. Komplettiert wird die Idee durch die rote Haube des «Papa-Schlumpf», des Anführers der Schlümpfe. Immer wenn es was zu besprechen gibt, versammelt sich das Schlumpf-Dorf am Lagerfeuer. Eigentlich ein abendländisches Ritual. Beim Ku-Klux-Klan allerdings mit Kreuzen.

An diesen Ausführungen kann man wieder feststellen, dass die Antisemitismus-Keule in letzter Zeit wieder heftigst geschwungen wird. Nicht alle Publikationen ohne mosaikische Bezüge haben einen antisemitischen Hintergrund.

Wolle man den Antisemitismus intellektuell begründen, so ist auch eine sachliche Herangehensweise angebracht.



Kanton Bern



Aus dem Berner Stadtrat

Die Stadträte Dieter Beyeler und Lydia Riesen forderten in einer dringlichen Motion, die Volksinitiative «200'000 sind genug», unverzüglich auf Beginn des Jahres 2005 umzusetzen.

Dies wurde zwar im Rat Ende Januar 2005 von fast sämtlichen Fraktionen unterstützt, aber nur unter der Bedingung, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt würde. Für die Motion sprach sich nur die SVP aus. Jedoch wollte sich

keine Fraktion auf einen genauen Termin festlegen.

Leider sahen wir uns gezwungen, auf die abgeschwächte Forderung eines Postulats einzugehen, um sie zu überweisen, andernfalls wäre die Motion mit 13 Ja gegenüber 60 Nein abgelehnt worden.



Lydia Riesen



Dieter Beyeler

Am 8. Februar 2004 hat die Initiative «200'000 sind genug» einen beachtlichen Ja-Stimmenanteil erzielt und ist somit von einem grossen Mehr von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klar angenommen worden. Ohne Zweifel haben die gemeinderätlichen Eskapaden der vergangenen Legislatur in grossem Umfang zu dem Volksentscheid beigetragen. Hat doch die Stadtberner Regierung in der vergangenen Legislatur, in der damaligen Zusammensetzung, praktisch kein Fettöpfchen, mit entsprechender Fehlleistung, ausgelassen. Somit darf der Volksentscheid also auch als verdiente Quittung zur Kenntnis genommen werden. Statt dass jetzt aber der GR seine Chance packt, indem er den Volks-

Fortsetzung Seite 9

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern HV am Freitag, 18. März 2005, Restaurant Traube, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Stadt St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 30. März 2005 ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen an der Rorschacherstr. 109 in St. Gallen; Thema: «Der Waffenlauf» von Martin Erb. HV am 23. April, Restaurant Alter Bahnhof, Gossau, ab 17 Uhr.
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Anzeigen

PAX
VERSICHERUNGEN
ASSURANCES
ASSICURAZIONI

Ihre berufliche und private Sicherheit und Vorsorge sind unser Anliegen – heute und morgen

Verlangen Sie INFOS und eine Offerte bei: Tel./Fax 044 946 36 37

Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–
Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

Fortsetzung von Seite 8

entscheid akzeptiert und rasch und unbürokratisch die verlangte Umsetzung in Angriff nimmt, über eine akzeptable Frist kann man sich sicher einigen, werden in selbstherrlicher Manier neue Regeln erfunden und präsentiert über das wie und wann und möglichst lang. Dass durch eine solche, absolut unverständliche Handlungsweise der Graben zwischen Volk und Regierung nur noch grösser wird, darüber muss sich niemand wundern. Der erneute Vertrauensverlust gegenüber dem GR wäre mit etwas gutem Willen vermeidbar gewesen. Gerade in der neuen Zusammensetzung hätte das einen guten Start bedeutet, diese Chance hat man sich hiermit verscherzt. Nicht unberechtigt kommt somit der Vorwurf, der eigene Geldsack sei wichtiger und näher als das Wohl der Stadt. Die entsprechenden Meinungen aus der Bevölkerung sind in unzähligen Leserbriefen dokumentiert und wohl allen bekannt.

Nun will sich der Gemeinderat zweieinhalb Jahre Zeit lassen, um das neue Lohnreglement einzuführen, erst im Jahr 2007, und das nicht einmal auf die volle Summe, sondern in drei jährlichen Schritten bis zum Jahre 2010 – soll sich das Ganze verzögern.

In Zürich hat man die gleiche Initiative ergriffen, aber diese wurde in nicht mal zwei Jahren umgesetzt.

Unsere dringliche Motion wurde im Rat Mitte Oktober 2004 eingereicht und überwiesen. Somit hätte der GR eigentlich genügend Zeit gehabt, öffentlich Vorschläge zu unterbreiten, welche auf Akzeptanz gestossen wären, anstatt uns auf billige Paragrafen und Gesetzgebungsverfahren hinzuweisen.

Mit Recht darf mehr Effizienz verlangt werden, denn die Argumente des GR sind unglaubwürdig.

Der Gemeinderat versprach, die Vorlage bis in diesem Sommer ins Parlament zu bringen. Es wurde zwar schon viel versprochen, aber wir warten ab.

Berner Stadträte Lydia Riesen und Dieter Beyeler haben genug von unbewilligten Demos mit Sachbeschädigungen

Sie forderten in einer Motion ein generelles Verbot für unbewilligte Demonstrationen und antifaschistische Abendspaziergänge.

Der entsprechende SD-Vorstoss wurde Ende Januar 2005 im Stadtrat mit 43 Nein zu 29 Ja bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Die linksextreme Gewalt-Vereinigung der Stadt Bern hatte ihre Verbündeten aus der ganzen Schweiz und dem nahen Ausland aufgeboten, um unter dem Deckmantel des antifaschistischen Abendspazierganges gegen Ausgrenzung und Gewalt aufzumarschieren. Hinterlassen haben sie mit ihren Ausschreitungen Schaden an fremdem Eigentum und Kosten und Auslagen in beinahe Millionenhöhe.

Der fünfte unbewilligte Antifa-Abendspaziergang vom 20. März 2004, mit rund 3000 jugendlichen Personen (darunter einigen hundert Vermummten), entlud sich einmal mehr als eine sinnlose, gewalttätige Strassenschlacht mit Petarden und anderen Feuerwerkskörpern. So entstand eine traurige Schadensbilanz von weit über 200'000 Franken. Zusätzlich entstanden Kosten für den Polizeieinsatz, Material usw. von zusätzlich 800'000 Franken.

Bereits fünf Monate später fand erneut eine friedlich geplante Kundgebung statt (laut D. Jenni ein Strassenfest). Die Absicht für eine friedliche Demonstration macht aber auch den Ausdruck Strassenfest nicht glaubwürdiger. Denn leider verbirgt sich hinter vielen Demofreudigen eine immer grössere versteckte Aggressivität mit der Bereitschaft, Gewalt, Unruhen und Sachbeschädigungen auszuüben.

Obwohl die Stadtpolizei vorbildlich gehandelt hat, ist es erneut zu massiven Ausschreitungen mit Sachbeschädigungen von einigen hunderttausend Franken, und sogar zu Verletzten gekommen.

Die Demonstranten hinterliessen anstelle einer Friedensbotschaft, ihre Botschaft in Form von geplanten Attacken gegen unser Volk und unsere Heimat.

Der verwerflichen Einstellung dieser zerstörungswütigen Gewalttäter darf in unserer Bundesstadt kein Platz mehr eingeräumt werden.

Der Entscheid über den abgelehnten Vorstoss wird uns Schweizer Demokraten in unvergessener Erinnerung bleiben! Der nächste unbewilligte Abendspaziergang findet in unmittelbarer Nähe statt und lässt bestimmt nicht lange auf sich warten!



Kanton Thurgau



So läuft «der Hase»...

Die neueste Statistik der Gefängnisse zeigt, dass rund 80 Prozent der Insassen, zum Beispiel Lenzburg, Ausländer sind. Ebenso auffallend ist die «weltweite» Zusammensetzung. In Lenzburg «sitzen» 37 aus Serbien, Montenegro und Kosovo, 17 aus Albanien, 9 aus Mazedonien, 1 Moldavier, 2 aus Bosnien-Herzegowina, 2 aus Kroatien, 6 Türken, 10 Libanesen, 5 aus Sierra Leone, 5 aus Italien, 4 Polen, 3 Österreicher, 2 Franzosen sowie Inhaftierte aus Algerien, Somalia, Angola, Ghana, Guinea, Marokko, Sudan, Tunesien, Irak, Iran, Pakistan, Sri Lanka, Palästina, Vietnam, Elfenbeinküste und zwei Staatenlose. Von 170 Insassen sind nach Angaben der Gefängnisleitung noch 34 Schweizer. Viele Bürger und Steuerzahler würden auch

gerne wissen, was diese 34 Schweizer Gefangenen von der allseits propagierten Multikultur im Gefängnisalltag halten? Aber auch der propagierte Abbau des Grenzzaunes durch den eben wieder gewählten grünen Bürgermeister von Konstanz und die Freudenschreie seiner linken und grünen Gesinnungsfreunde im Thurgau müssten doch zu denken geben; kostet doch ein Gefängnisplatz den Steuerzahler zwischen 500 und 700 Franken pro Tag. Darum meinen nicht nur Schweizer Demokraten, der Einsatz von mehr Grenzwächtern würde sich auch für den Steuerzahler, den Standort und unsere Wirtschaft mehr als lohnen, denn unsere Steuern und Kosten sollten dringend – und im Interesse aller – gesenkt werden!

Viele können das einfach nicht glauben

Der Bundesrat, allen voran CVP-Bundespräsident Deiss, zeichnet für eine unerhörte Gemeinheit verantwortlich: Während in vielen EU-Staaten das Volk automatisch über die neuen EU-Verträge abstimmen kann, entschied der Bundesrat, das Schengen-Abkommen dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Ein Referendumskomitee muss also 50'000 Unterschriften sammeln, damit das Volk überhaupt gefragt werden muss. Was aber viele nicht wissen oder nicht realisieren, ist noch viel depressiver: Beim fakultativen Referendum zählt – im Gegensatz

zum obligatorischen Referendum – nur das einfache Volksmehr und nicht das schwerer zu erreichende doppelte Mehr von Volk und Ständen. Der Bundesrat und auch Bundespräsident Deiss legen damit das Schweizervolk auf gemeinste Art und Weise aufs Kreuz, denn mit dem Wegfall der Grenzen werden wichtige Belange vieler Kantone – vor allem der Grenzkantone – wesentlich berührt. Darum müsste doch diese Vorlage dem Ständemehr unterstellt werden. Herr Deiss, wie miserabel tief muss die Achtung und der Respekt Ihres Bundesrates vor dem Volke sein!

Migros – die grosse Enttäuschung vieler!

An einem Montag kontaktierte ich den Chef der Migros Amriswil. Am Samstag wollte unser Komitee Referendums-Unterschriften sammeln für die beiden Vorlagen «Personenfreizügigkeit» und «Schengen». Nein, in der Eingangshalle sei es nicht möglich, ebenfalls abgelehnt wurde ein Sammelstand vor dem Eingang oder unter dem Vordach. Nun blieb nur noch der Blauzone-Parkplatz vor dem Center. Selbstverständlich wollten wir

auf einem Parkfeld in der Nähe des Migros unser Ständli aufstellen. Das ginge kaum, aber wir sollten doch den Chef in Gossau anfragen, der sei zuständig.

Nach stundenlangen Verbindungsversuchen und langem Hin und Her konnten wir ausnahmsweise und nur für das eine Mal ein Ja erhalten. Der besagte Parkplatz ist Sache der Gemeinde, also galt es,

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

am Dienstag in der Gemeinde das JA zu deponieren und entsprechend erhielten wir das schriftliche i.O. der Gemeinde. Dann hiess es, die Organisation voranzutreiben. Der Stand musste präpariert und organisiert werden. Dazu kamen Plakate und Hinweistafeln am Stand. Natürlich musste auch eine Info sofort an die Zeitungsredaktionen, damit die Leser der Gegend

informiert wurden. Dann kam der Freitagnachmittag und ein Fax der Gemeinde mit dem Hinweis, die Migros vor Ort sei mit dem Stand nicht einverstanden.

Nun, jetzt konnte nichts mehr abgeblasen werden. Am Samstagmorgen haben wir unseren Stand bei beissender Kälte auf einem Parkplatz schräg gegenüber dem Migroseingang aufgebaut. Der besagte Chef kam augenblicklich und verlangte, dass der Stand ver-

schwinde. Man könne oben, am Ende des grossen Parkplatzes aufstellen. Doch dort gab es nur ganz wenige und vereinzelt Fussgänger, und hatte nicht Gossau Ja gesagt? Der M-Mann von Amriswil war total erbost und drohte voller Zorn. Er holte eine Kamera und machte Fotos – unser Komitee aber arbeitete wie eine Uhr und sammelte Unterschriften. Viele Bürger aber hatten grösste Mühe mit dem Auftreten dieser Laden-

kette. Offensichtlich sind Kunden und Umsatz willkommen, alles andere aber ist den M-Leuten egal! Verstanden wurde wohl das Nein zur Halle und zum Eingangsbereiche, aber wozu der Lärm betreffend Parkplatz der Gemeinde? Und, hatte es nicht geheissen, «Gossau» müsse entscheiden? Kommentar überflüssig – arme Schweiz!

Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau

Gute Amerikaner – böse Amerikaner



Dr. Dragan
Najman,
e. Grossrat,
Einwohnergat,
Baden

Es ist schon sonderbar, wie aus höchst willkommenen Leuten plötzlich Buhmänner werden. Im letzten Jahrhundert waren die Europäer sehr froh, dass es die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) gab. Im Ersten und vor allem im Zweiten Weltkrieg waren die Europäer froh, dass die Amerikaner nach Europa gekommen sind, um den Kontinent vor den Deutschen zu retten. Und ganz besonders froh waren die Franzosen, gerade diejenigen, die nicht nur jetzt während der Irakkrise, sondern seit sehr langem eine Wut auf die USA haben. Beim superchauvinistischen Charles de Gaulle konnte man das noch verstehen, denn für diesen «Superfranzosen» war es unerträglich, dass die verhassten Amerikaner so alle 25 Jahre nach Europa kommen mussten, um die «Grande Nation» Frankreich vor Deutschland zu retten. Dann kam der «Kalte Krieg», und wieder war ganz Europa froh um die Amerikaner. Westeuropa, weil es sonst genau so wie Osteuropa vom Sowjetreich verschluckt worden wäre; für die osteuropäischen Staaten hinter dem «eisernen Vorhang» waren die USA praktisch die einzige Hoffnung, irgendeinmal wieder vom Sowjetjoch befreit zu werden. Ohne die Amerikaner wäre Europa jetzt unter den Nazis oder den Kommunisten; man kann selbst wählen, was man «lieber» hätte.

Und vergessen wir schliesslich nicht den Marshallplan (benannt

nach dem damaligen amerikanischen 5-Sterne-General George Marshall, Generalstabschef der USA während des Zweiten Weltkriegs). Mit dem Marshallplan haben die USA mit Dutzenden Milliarden Dollars (damals war ein Dollar noch ca. Fr. 4.50!) Europa beim Wiederaufbau geholfen.

Nun – da könnte man sagen, die USA haben den Europäern nicht nur wegen unserer «schönen, blauen Augen» geholfen, sondern aus knallharten wirtschaftlichen Interessen. Aber was wäre passiert, wenn Amerika, Deutschland und Japan sich zusammengetan und die Welt einfach untereinander aufgeteilt hätten, so wie es im 15. Jahrhundert die damaligen Weltmächte Spanien und Portugal gemacht hatten, als sie 1494 im Vertrag von Tordesillas die Welt entlang bestimmter Längengrade unter sich aufgeteilt haben (ca. entlang dem 50. und dem 130. Längengrad). Kein Mensch, auch die heutigen Weltmächte Russland (damals Sowjetunion) und China hätten dies verhindern können.

Und heute – die USA als weltweiter Buhmann

Heute sind die USA als «Supermacht» der weltweite Buhmann, weil sie sich «überall» einmischen. Aber eine Frage sei erlaubt. Was können die USA dafür, dass das kommunistische «Paradies» zusammengebrochen und der Kalte Krieg somit vorbei ist und die USA eben jetzt noch die einzige richtige Weltmacht sind?

Würden sie in aller Welt alles «schlitteln» und die Diktatoren gewähren lassen, käme der umgekehrte Vorwurf, warum denn die USA da und dort nicht endlich militärisch eingreifen, obwohl sie es als einzige Weltmacht ja könnten. Ich bin überzeugt, dass die meisten Menschen, welche den Zweiten

Weltkrieg unmittelbar oder mittelbar (wozu auch die Schweizer gehören) miterlebt haben, den USA gegenüber anders eingestellt sind. Ich zumindest erinnere mich noch sehr gut daran (ich war damals erst 8 Jahre alt), wie spätestens seit der Landung der Alliierten in der Normandie unsere ganze Familie um das Radio gesessen ist, die Nachrichten gehört und die Fortschritte der Alliierten in Ost und West auf einer Europakarte eingetragen hat. Meine Generation weiss (oder sollte es zumindest noch wissen), was die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg und dem fol-

genden «Kalten Krieg» für Europa getan haben.

Englisch ist «in» – trotz Antiamerika-Stimmung

Und das Paradoxeste: Trotzdem es heute quasi zum guten Ton gehört, auf die USA zu schimpfen, ist das Englisch- oder zumindest Pseudoenglisch sprechen geradezu eine Sucht, ja es ist schon eher eine grassierende Epidemie. Und wohl kaum jemand quasselt Pseudoenglisch wegen England, sondern wegen des doch so verhassten Amerika.



Sporttag der Berufsschulen des Kantons Aargau

Unter einer Photo folgender Text: Zofingen auf Rang drei des Trostturniers. Hinten von links: Artion Morina, Driton Hoxhaj, Ljiljan Mitjatic, Alban Morina, Hakan Sükür. Vorne von links: Pasquale de Santis, Sudisusadee Amorn, Adili Armend und Sinan Bedic. (Für die buchstabengetreue Wiedergabe der Namen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung, ebenso wenig wie für gebrochene oder verdrehte Zungen unserer Leserschaft). Der betreffende Zeitungsartikel aus dem Zofinger Tagblatt (gehört wie alle Tageszeitungen zwischen Zürich und dem Bielersee unter dem Titel «Mittellandzeitung» der Aargauer Zeitung, Baden; lediglich der Lokalteil und einige eigene Kommentare dürfen individuell gestaltet werden) wurde mir aus Zofingen zugeschickt mit der Bemerkung: «Weit haben wir es gebracht!» Diesem

Kommentar haben wir nichts beizufügen.

D. Najman, Baden

Armee: Inspektion durch ausländische Offiziere

Drei Angehörige der österreichischen Streitkräfte und ein slowakischer Offizier sind kürzlich zu einer Inspektion der Schweizer Armee eingetroffen. Die Inspektion erfolgt nach Angaben des VBS im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dient der Vertrauensbildung.

(Bemerkung der Redaktion: Was sich Samuel Schmid noch alles ausdenken wird, um Verrat am Schweizer Volk zu begehen. Was man mit solchen Leuten während des Zweiten Weltkriegs gemacht hätte, muss wohl nicht erwähnt werden. Damals sind noch viel kleinere Landesverräter hingerichtet worden.)

Offener Brief an Herrn Israel Singer, Vorsitzender des jüdischen Weltkongresses

Die Schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg ein Verbrechen?

Herr Vorsitzender,

Anlässlich der Holocaust-Gedenkfeier am 27. Januar in Berlin haben Sie die Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg als Verbrechen bezeichnet.

Der Arbeitskreis Gelebte Geschichte, der für Tausende von Angehörigen der schweizerischen Kriegsgeneration, also Zeitzeugen, spricht, weist diese ungeheure Behauptung mit aller Entschiedenheit zurück. Ihre Behauptung ist umso empörender, als Sie zum Kreis internationaler Persönlichkeiten gehören, welche die historischen Gesamtzusammenhänge des Zweiten Weltkriegs genau kennen.

Wer mit dem geschichtlichen Umfeld der Kriegszeit vertraut ist, weiss, dass die Neutralität die **einzige** Überlebensstrategie der Schweiz auf der Gratwanderung zwischen Widerstand und Anpassung war. Diese Politik hat uns schliesslich den Krieg erspart und uns erlaubt, als isolierte Insel der Demokratie in Unabhängigkeit zu überleben.

Wir Zeitzeugen erinnern uns noch genau, wie sehr der Schweizeri-

sche Bundesrat, mit Unterstützung der Medien, mit aller Sorgfalt darauf bedacht war, bei allen seinen Entscheiden die Regeln des Völkerrechts und der Neutralität zu respektieren. Dabei sah er sich unter dem massiven Druck **beider** Kriegsparteien gezwungen, Konzessionen nach der einen oder anderen Seite zu machen. Alle Entscheide waren von der Entschlossenheit getragen, die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten.

Wäre die Schweiz nicht neutral geblieben, wäre sie in den Krieg gezogen worden, wären viele Tausende schweizerischer Juden, jüdische Flüchtlinge in der Schweiz und Tausende im Ausland, die von schweizerischen Institutionen oder Persönlichkeiten dank der Neutralität unseres Landes gerettet wurden, Opfer der Nazis geworden. In diesem Zusammenhang darf auch an die Solidarität erinnert werden, die bei uns den Schweizern jüdischen Glaubens entgegengebracht wurde.

Gewiss, die Schweiz hat Zehntausende jüdischer Flüchtlinge aufgenommen, musste jedoch mehreren

Tausenden die Aufnahme verweigern, da ihr im Interesse des Überlebens gar keine andere Wahl geliebt ist. «Das Boot ist voll!», glaubte damals die überwiegende Mehrheit des Schweizervolkes. Man befürchtete angesichts des zunehmenden Flüchtlingsstroms eine Hungersnot und Arbeitslosigkeit. Dazu kam die Angst vor einem Angriff der Nazis.

Unsere Regierung musste in dieser Lage ohne grossen Handlungsspielraum bei ihren Entscheiden nicht nur die realen Risiken, sondern auch die **Wahrnehmung** von Gefahren – Indizien, die sich nicht beweisen liessen – als politische Realität miteinbeziehen, gleich wie heute unser Bundesrat die Angst vor den Gefahren der Atomenergie oder der Gentechnik bei seinen Entschlüssen zu berücksichtigen hat. Die teilweise restriktive Flüchtlingspolitik war ebenfalls eine Konsequenz dieser Ängste im Volk.

Das Schicksal der Opfer des Holocaust ist auch für uns, die wir die Tragödie des Weltkriegs miterlebt haben, ein Anliegen, das uns be-

wegt. Wir geben deshalb der Erwartung Ausdruck, dass der Jüdische Weltkongress die Millionen, die ihm aus dem Deal mit den Schweizer Banken anvertraut wurden, baldmöglichst den Anspruchsberechtigten ausbezahlt.

Schliesslich möchten wir Ihnen zu bedenken geben, dass Provokation und Demagogie, was immer sie auch anzielen, in diesem sensiblen politischen Bereich keinen Platz haben und nichts, aber auch gar nichts zur Klärung der Probleme und zur nötigen Versöhnung beitragen, die unser beidseitiges Anliegen sein sollte.

Namens des Arbeitskreises Gelebte Geschichte

Hans-Georg Bandi,
Prof. emer. Dr. Dr. h.c.

Martin Burckhardt, Prof.
dipl. Arch. ETH, alt Nationalrat

Kurt Bolliger,
Korpskdt aD, ehem. Präs. SRK

Heinz Langenbacher,
Dr. iur., alt Botschafter



Maulkorb fürs Volk

Mit dem Maulkorbgesetz (Antirasismusgesetz) hat die freie Schweiz aufgehört zu existieren. Und jetzt soll sogar dieses Gesetz verschärft werden!

Hat der sich frei glaubende Schweizer eigentlich vergessen, dass gerade mit dem Maulkorbterror Nationalsozialismus und Stalinismus erst eigentlich ermöglicht wurden? Das Gesetz ist nichts anderes als die Ausgeburt unwürdiger Sentimentalität.

Viktor Schnyder, Jegenstorf

Gewerkschaftliche Solidarität?

Unter grosser Medienpräsenz protestieren die Gewerkschaften, wenn ein Betrieb Mitarbeiter entlassen muss. Im Fall Swisscom forderten sie «arbeitserhaltende Massnahmen», das heisst überflüssige Mitarbeiter sollen weiter beschäftigt und bezahlt werden. Völlig anders präsentiert sich die Sachlage, wenn Mitarbeiter einer Gewerkschaft überflüssig werden, wie kürzlich bei der Fusion von GBI, SMUV und VHTL zur Grossgewerkschaft UNIA. Da blieb die

vielpriesene Solidarität auf der Strecke: Einzelne Entlassungen werden nicht zu vermeiden sein, liess die UNIA verlauten. Proteste, Trillerpfeifenkonzerte, Streik und Blockade der eigenen Gewerkschaftsbüros durch die UNIA unterblieben.

Es ist halt einfacher und vor allem billiger, Solidarität von anderen zu fordern, als selber solidarisch zu sein.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Schengen heisst unter anderem:

Das schweizerische Waffenrecht wird künftig in Brüssel bestimmt. Alle Jäger, Sportschützen und Waffensammler werden dem Schengen-Regime unterstellt. Brüssel bestimmt, wer eine Waffe mit welcher Rechtfertigung erwerben und besitzen darf.

Es gilt der generelle Missbrauchverdacht gegenüber allen Schützen.

Wollen wir das? Darum NEIN zu Schengen.

Wilfried Gasser, e. Gross- und Gemeinderat, Ostermundigen

Liebe SD- und Rätselfreunde

Mit grossen Schritten gehen wir dem Frühling entgegen. Die Sonne hat wieder mehr Kraft, und es tut gut, die Wärme zu spüren. Dieses Empfinden ähnelt einem Gefühl von eingebettet und getragen zu sein. So wie es auch für uns Eidgenossen wichtig ist, als Staat eingefügt zu sein. Mit diesen Worten meine ich aber nicht, dass wir uns einfach einer Vorgabe wie sie in der EU vertreten wird ausliefern müssen. Wir haben nämlich die komfortable Möglichkeit als neutrales Land jederzeit unsere Meinung frei zu äussern. Dabei braucht es Leute, die gewillt sind, für unser Land Verantwortung zu übernehmen. Schon im Kleinen ist dies nämlich möglich. Es gäbe tausende von Beispielen dafür, wie und wo man beginnen könnte. Man muss nicht erst in einem öffentlichen Amt sein, um diese Ziele leben zu können. Mutige Stimmen werden

Fortsetzung Seite 12



L'Union européenne, une dictature marxiste



Mary Meissner,
Vernier

Les constitutions nationales qui étaient autrefois un bouclier du citoyen contre le pouvoir de l'Etat, se transforment à présent en arme de l'Etat contre les citoyens. Elles deviennent des proclamations du marxisme. Les politiciens «corrects», adeptes d'une multiculturalité marxiste, évoquent toutes sortes de discriminations, afin de pouvoir installer des organes de contrôle pour leur assurer le pouvoir. L'U.E. en soi plus la Constitution qui se met en place, représentent l'épée de Damoclès qui sera désormais placée en permanence au-dessus de la tête de tous les ressortissants des pays membres. Une société multiculturelle n'est pas une société ouverte et moderne mais une nouvelle version du mar-

xisme. L'Etat devient totalitaire à partir du moment où il réglemente la morale et donne des directives relatives à l'éthique personnelle. L'U.E. évolue dans cette direction massivement soutenue par les médias. Ces directives visent à fabriquer une société socialiste avec sa vision vicieuse de l'être humain et dans le but d'abolir les libertés personnelles des citoyens, telles que je les ai vécues pendant les dix ans que j'ai passés en Pologne après la guerre. Les dirigeants des partis, les bureaucrates et tous les fonctionnaires sont les uniques possesseurs du droit de décision sur les relations personnelles entre les citoyens, au nom de la morale marxiste. L'individu se fait collectiviser et l'Etat de droit fait place à un état d'idéologie totalitaire.

Cela va très loin, car si on interdit le droit de refuser ses services ou une partie de ses biens, on supprime les droits d'existence, on éteint l'identité et la liberté des individus. Or c'est cela qu'apportent les décrets de l'Union européenne soviétisée.

Vu que le socialisme international

n'est pas parvenu à créer un nouvel être humain, les adeptes de la révolution culturelle ont choisi le chemin de la distorsion des mots comme «racisme, fascisme, extrême droite» pour désigner toute société qui s'oppose au multiculturalisme et toute personne sceptique devant la beauté socialiste que l'on désigne alors couramment de xénophobe ou d'extrémiste dans les médias.

Les directives européennes contre la discrimination apportent des risques incalculables concernant les changements ou la conclusion de contrats, et cela conduit à des procès pour discrimination coûteux, incitant les gens à devenir procéduriers parce qu'un appartement leur a été refusé ou parce qu'un employeur a choisi à l'embauche quelqu'un d'autre. Qui dit que les prêtres eux-mêmes devront désormais faire attention à ne pas s'opposer au mariage homosexuel, ou à la polygamie?

Pendant longtemps les socialistes et les pyromanes culturels de 1968 se sont concentrés à détruire les règles de la morale «bourgeoise».

Ils ont réussi au-delà de leurs espérances puisqu'on se trouve face à l'incivilité, aux passe-droits politiques, aux désinformations systématiques médiatisées, à la fusion des journaux pour renforcer le politiquement correct de ce qui peut et ne doit pas être publié. Il s'agit d'une rééducation des citoyens pour ne pas parler d'un lavage de cerveau. C'est ici que l'on voit à quel point la souveraineté est bafouée par l'U.E. Si un parlement ou le peuple refuse une loi, l'U.E. peut simplement forcer les récalcitrants à appliquer contre leur gré, n'importe quel décret discriminatoire.

Nous voilà revenu au temps des baillifs tout puissants qui encaissent des prébendes assis tranquillement derrière leurs bureaux, les distribuent selon leur bon plaisir, et parcourent les campagnes on brandissant des édits menaçant de prison quiconque n'obéirait pas au doigt et à l'œil.

Oyez, oyez! citoyens. L'Union européenne placarde ses ukases sur internet. Nul n'est censé ignorer la loi du plus fort, qu'on se le dise!

Autre aspect de l'eau

L'eau étant une entité vivante qui garde en son sein toutes les informations universelles d'un univers qui nous est encore presque totalement inconnu, il y aurait lieu de la respecter. Aujourd'hui on pollue sans vergogne, on la dilapide inutilement, on la laisse croupir dans d'ignobles marécages, ses rivières sont devenues des égouts, ses lacs des réservoirs de maladies et ses mers perdent leurs coraux, et leurs habitants qui s'étouffent en avalant des emballages de plastic, quand ils ne sont pas aveuglés ou assourdis par d'autres pollutions humaines barbares. Ne serait-il pas temps d'apprendre aux enfants à comprendre les messages cachés de l'eau dont l'humanité est issue et grâce à laquelle elle peut vivre sur Terre. Nous sommes composés de 70% d'eau et l'on parle de grève de la faim, jamais de la grève de la soif. L'eau transparente et sans goût a la propriété de dissoudre les éléments nutritifs nécessaires à la vie et de

les transporter des sommets des montagnes à travers les rivières jusqu'aux océans. De plus, elle comprend non pas les mots en tant que tels, mais les sentiments derrière ces mots et elle réagit aux compliments en devenant claire et saine, alors que sous l'insulte, elle reste sale et imbuvable. Des essais ont été faits avec toutes sortes d'échantillons prélevés dans le monde entier par le Dr. Masaru Emoto, un Japonais qui a inventé la caméra pouvant photographier les cristaux au moment où ils se forment. Suivant leur provenance ils sont difformes ou magnifiquement ciselés. L'eau placée dans un verre sur lequel on colle une étiquette avec des mots d'amour reste claire, alors qu'avec des mots de haine, elle se voile et devient sale. Il est temps de se demander quel rôle l'humanité joue sur cette planète. Notre pouvoir est gigantesque si nous usons la pensée d'une façon positive et renonçons à

envier, conquérir, tuer, et faire souffrir les animaux qui nous ont été confiés. Nos émotions ont aussi un impact sur la nature et les plantes réagissent positivement à la musique, aux compliments ou meurent dans un environnement négatif, agressif ou pollué. Bref, l'eau réagit aux ondes émises par notre propre conscience et plus il y aura de violence incontrôlée sur

terre, moins il y aura d'eau potable, et plus vite le genre humain disparaîtra pour aller rejoindre les dinosaures disparus.

En un mot, pour obtenir plus de détails sur les messages cachés de l'eau, tout un chacun devrait lire le livre du Dr. Masaru Emoto aux éditions Guy Trédaniel en français, année 2004.

Mary Meissner

Le Pileri

Droits de l'homme étatsuniens

Quel culot! Le département d'Etat américain critique dans un rapport sur les droits de l'homme dans le monde, l'attitude de la Suisse qui maltraite ses étrangers et souligne que sa police utilise une force excessive lors de l'arrestation de délinquants et de dealers. C'est parfaitement indécent de la part de l'administration Bush qui elle, permet les exactions d'Abou-Ghraib en Iraq, qui admet la peine de mort

dans ses prisons, qui arrête avec brutalité des dealers noirs, qui envoie en Colombie des commandos de mercenaires, qui garde des prisonniers à Guantanamo sans procès, et j'en passe! Naturellement ce rapport analyse tous les pays sauf les USA. Que Bush et ses rapports balaient devant leurs portes avant de juger les autres, en se cachant derrière le paravent de la démocratie. Hélas, celle-ci se désagrège partout et les droits de l'homme sont devenus élastiques et adaptables à tous les régimes laxistes ou totalitaires. Je suis outrée et je répète; quel culot! *Octopus*

Lettre ouverte à Monsieur Israel Singer, président du Congrès Juif Mondial

Monsieur le président,

Lors de la cérémonie commémorative de l'Holocauste, le 27 janvier à Berlin, vous avez qualifié de crime la neutralité de la Suisse pendant la Seconde Guerre mondiale.

Parlant au nom de milliers de Suisses de la génération de la dernière guerre, donc de témoins de l'époque, le Groupe de travail histoire vécue réfute de la manière la plus catégorique cette affirmation monstrueuse. Celle-ci est d'autant plus révoltante que vous faites partie des personnalités internationales qui connaissent parfaitement les circonstances historiques dans lesquelles s'est déroulée la Seconde Guerre mondiale.

Quiconque est familier de l'environnement historique à l'époque de la guerre sait que la neutralité était l'unique stratégie capable d'assurer la survie de la Suisse, sur la voie étroite entre résistance et adaptation. C'est en définitive grâce à celle politique que nous avons pu échapper à la guerre et survivre, tel un flot, dans la démocratie et l'indépendance.

Comme témoins de l'époque, nous nous souvenons de manière précise du soin qu'a toujours mis le Conseil fédéral, soutenu par les médias, à respecter dans toutes ses décisions les règles du droit des gens et de la neutralité. Soumis à la pression massive des deux camps belligérants, il s'est vu contraint de faire des concessions tant d'un côté que de l'autre. Toutes ses décisions ont été le reflet de sa détermination à tenir la Suisse à l'écart du conflit.

Si la Suisse n'avait pas été neutre et si elle avait été entraînée dans la guerre, des milliers de Juifs, qu'ils aient été suisses ou réfugiés dans notre pays, auraient été victimes des nazis. Les milliers qui se trouvaient à l'étranger et qui ont pu être sauvés par des institutions ou des personnalités suisses grâce à notre neutralité, auraient subi le même sort. A ce propos, nous rappelons aussi la solidarité que les Suisses de confession juive ont rencontrée dans notre pays.

Bien que la Suisse ait accueilli des dizaines de milliers de réfugiés juifs, plusieurs milliers ont certes dû être refoulés, notre pays n'ayant pas eu d'autre choix, dans sa lutte pour la survie. «La barque est pleine!» pensait à cette époque la grande majorité du peuple suisse. De-



vant le flot croissant de réfugiés, on craignait la famine et le chômage, sans parler de la menace d'une invasion allemande.

Ne disposant que d'une marge de manœuvre étroite, notre gouvernement devait prendre en considération, dans ses décisions politiques, non seulement les risques réels mais aussi les dangers perçus en fonction d'indices parfois non vérifiables. Il en va de même aujourd'hui pour le Conseil fédéral, dont les décisions doivent tenir compte de la crainte suscitée par les dangers de l'énergie atomique ou du génie génétique. La politique en partie restrictive suivie à l'égard des réfugiés était également une conséquence des peurs ressenties par la population.

Pour nous aussi, qui avons été témoins de la tragédie de la Seconde Guerre mondiale, le sort des victimes de l'Holocauste figure au nombre de nos préoccupations. C'est pourquoi nous attendons du

Congrès Juif Mondial qu'il verse le plus rapidement possible aux ayants droit les millions qui lui ont été confiés en vertu de l'accord conclu avec les banques suisses. Pour terminer, nous aimerions que vous ayez à l'esprit que la provocation et la démagogie, quels que soient les buts visés, n'ont pas leur place dans ce domaine politique sensible et ne contribuent en rien à la solution des problèmes et à la nécessaire réconciliation, qui devrait être notre souci commun.

Au nom du Groupe de travail histoire vécue

Hans-Georg Bandi,

Prof. émérite, Dr Dr h.c.

Martin Burckhardt,

Professeur, architecte, dipl. EPFZ, ancien conseiller national

Kurt Bolliger,

ancien Cdt de corps ancien

Président de la Croix-Rouge suisse

Heinz Langenbacher,

Dr en droit, ancien ambassadeur

L'UDC se délite

C'est triste de voir un parti si bien parti dans son implication politique, se diviser sur Schengen-Dublin et sur l'extension de la libre circulation des personnes. Les Bernois et avant eux les Grisons, sont-ils bouchés au point de se laisser manger tout crus par les belles promesses des membres du Conseil fédéral qui ont des œillères et sont contaminés par le cancer de l'UE? Ce cancer ne serait-il pas d'origine financière? Ces messieurs-dames espèrent-ils devenir les délégués incapables, inefficients et incompetents de l'usine bruxelloise payés pour édicter des ukases de plus en plus farfelus? Et surtout ils se fichent pas mal de la Suisse en tant que pays et des citoyens voulant préserver leurs droits politiques. Le

mot liberté n'existe pas, comme à Séville et ils préfèrent l'amalgame déficient d'un Hirschgorn avec les poubelles parisiennes ou le misérable show d'Expo.02 avec une Wenger. UDC réveille-toi et fustige tes dissidents qui vont semer la pagaille au sein de tes supporters. Christoph Blocher a déjà commencé par son reportage à l'américaine au cours duquel il a dit clairement qu'il était normal que les pauvres du monde entier viennent travailler dans les pays riches. Pourquoi n'a-t-il pas dit qu'il offrait une partie de ses milliards à ces miséreux pour qu'ils restent chez eux. En Suisse sans sous-sol à vendre, le peuple reste pauvre il n'y a que les riches qui prétendent que notre pays est riche. *Octopus*

Section Fribourg et Vaud



Tous les derniers
vendredi du mois au
Café du Vélodrome,
à Lausanne,
dès 19 h 30

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Pourquoi la «déséducation» mondialiste?

Dans le monde entier, l'instruction publique est en alerte devant l'analphabétisme des élèves dans les écoles publiques obligatoires. Heureusement qu'il y a des écoles privées pour sauver quelques individus fortunés! Evidemment lorsque les gouvernements doivent faire face année après année à l'explosion démographique (par naissances naturelles ou immigration), elles se trouvent en face de problèmes insolubles et elles inventent une quantité de méthodes palliatives plus inefficaces les unes que les autres. Ce que l'on ne dit pas, c'est le pourquoi de cette destruction de l'intelligence! Le système mondialiste instaure la méthode globale qui développe le cerveau gauche, la partie émotionnelle de l'intelligence, au détriment du cerveau droit qui en est la partie analytique. On habitude à apprendre par l'image et non plus par l'analyse. Ainsi ceux qui subissent cette formation sont bien moins capables de réfléchir, de discerner, d'analyser que ceux qui ont reçu une formation classique. Ce décerveau est complété par un apprentissage déstructuré de l'histoire qui

coupe les jeunes générations du passé de leur nation. Le système «démocratique» mondialiste pense s'y retrouver gagnant dans la mesure où les populations seront l'argument inaptes à comprendre là où on veut les conduire.

Ne nous étonnons pas du support inconditionnel qui est fait aux bandes dessinées dans lesquelles l'enfant ne laisse plus vagabonder son imagination personnelle, mais conforte la paresse de son cerveau prêt à avaler toutes les pillules distillées par des lobbies divers. Ne nous étonnons pas du manque de connaissances grammaticales et de style lorsqu'on ne voit que des *ouah, boom, stroumpf* dans des bulles pauvres en littérature. Prenant aussi en considération les mathématiques, entre les équations alphabétisées et la calculette, qui saura faire un rapide calcul mental pour se rendre compte qu'il est arnaqué? L'Euro est venu à point pour éviter des calculs de change. C'était devenu fatigant. Vive la mondialisation élitaire qui ne favorisera que les nantis par un népotisme étatisé.

Charlotte Morel

Les étrangers, de plus en plus indésirables à Genève

Deux Africains ont été arrêtés mardi au centre ville avec deux kilos d'héroïne valant plusieurs milliers de francs. Aux Acacias **trois Géorgiens** ont été surpris avec huit bouteilles de champagne volées dans le magasin Coop où ils sont entrés par effraction. Aux Pâquis, une rafle a été effectuée par la police dans un immeuble où logeaient sans permis **17 Boliviens et Péruviens** dont dix illégaux qui ont été expulsés. De la drogue a été trouvée sur place. Un autre personnage originaire de **Géorgie** s'est fait arrêter en train de voler des jeux vidéos pour une valeur de 800 francs. Il a mordu féroce un des policiers en sortant un couteau de sa poche. Aux Grottes, à quatre heures du matin, une bagarre a réveillé le quartier. **Huit Chinois** se battaient au marteau et à la hache. Les blessés ont été emmenés à l'hôpital. (Avons-nous besoin de soigner à nos frais ces mafiosos chinois?) **Un Tunisien** a été interpellé vendredi. Il avait arnaqué plusieurs personnes en leur promettant de sous-louer son appartement. Il encaissait une caution sans jamais

mettre le logement à disposition. Une jeune femme d'origine **serbe** passait ses vacances dans son pays et à chaque séjour tombait malade. Ce «mal du pays» a fini par coûter très cher à sa caisse d'assurance qui s'est enfin retournée contre la collectionneuse de fausses factures, dont le préjudice se monte à 18'000 francs. **Un Congolais** habitant en France, père de deux filles a reçu de l'argent de l'Hospice Général, et il encaissait en même temps en Haute Savoie des allocations françaises. Détenteur d'un passeport humanitaire, ce cumulard intéressa quand même les garde-frontières qui découvrent que son titre de séjour français porte une date de naissance différente. L'Hospice Général qui est en déficit aujourd'hui de 46 millions de francs, pourra-t-il récupérer les 86'000 francs que ce Congolais a encaissé indûment, ainsi que les 12'000 euros savoyards?

Ce n'est en tous cas pas possible puisqu'il est à Champ Dollon, la prison palace de Genève.

Octopus

Le Pileri

Indemnités pour le congé maternité

Dans le canton de Genève, la question se pose de savoir s'il y a lieu de supprimer la convention en vigueur qui avantage les mères depuis 2001 par rapport au nombre de semaines accepté sur le plan fédéral. Les indemnités journalières passeraient-elles de 172 à 238 francs si les seize semaines étaient réduites? Il y aura votation à ce sujet, ce qui me paraît paradoxal au vu des résultats enterrinés pour toute la Suisse qui devraient normalement s'appliquer de facto. Mais il y a mieux. Je ne comprends pas pourquoi l'allocation de naissance appelée «accueil» en cas d'adoption, passerait de fr. 1000.- actuellement à 17'000 francs? (*Tribune de Genève du 18. 2. 05*)

Une adoption ne nécessite pas d'allaitement ou de repos post-naissance et la somme de 17'000 francs est faramineuse à moins que ce ne soit pour rembourser les frais d'achat de l'enfant.

Drôle de façon de compenser le manque de naissances naturelles par un commerce international de bébés aléatoires du point de vue génétique!

Nos prisons débordent

Les étrangers qui peuvent venir grâce à des passeurs de plus en plus nombreux depuis la suppression des frontières dans l'U.E., déversoir des étrangers du troisième cercle, (*cela promet pour Schengen-Dublin*), amènent avec eux des milliers de flagrants délits agressant la population helvétique. En ouvrant un seul journal où que ce soit en Suisse, on tombe sur les informations écœurantes suivantes: **Deux Algériens**, professionnels du vol ont été arrêtés à Cointrin où ils ramassaient des bagages sur les tapis roulants, plus des cartes de crédit et quelques milliers de francs. **Trois individus d'origine maghrébine** âgés d'une vingtaine d'années cassaient et forçaient des portes de voitures à la Servette et au chemin du Vidollet pour voler clés, sacs et

matériel informatique. Egalement arrêtés par la police, **deux cambrioleurs chiliens** cagoulés ont été dénoncés à la police lors d'un vol de poules, soit-disant parce qu'ils avaient faim, à Chambésy. Une quatrième intervention a eu lieu dans un grand magasin du centre-ville de Genève. Il s'agit d'un **Tchéchène** et d'un **Arménien** qui dérobaient au rayon hommes, cinq vestes pour un montant de 2500 francs en prenant soin d'arracher les anti-voil. Comment voulez-vous que nos prisons puissent accueillir une dizaine de personnes par jour? Plus tous ceux non mentionnés par un unique journal. **Et tous des étrangers...** Cela promet si le référendum sur Schengen est refusé.

Fedpol – la coordination

Après l'affaire Mohamed Achraf, le département de Christoph Blocher a décidé de renforcer les informations diversifiées en possession de l'IPAS contenant celles d'Interpol, les empreintes digitales et les profils ADN. Cet office exploite aussi RIPOL avec les cantons. Donc nous avons en Suisse un réseau bien organisé pour trouver les délinquants internationaux. Si le Con-

seil fédéral n'est pas opposé à collaborer avec d'autres services de sécurité étrangers, un doute subsiste concernant la coopération des cantons. Comme ils restent libres de raccorder leur système à l'index national, nous voici une fois de plus devant l'incertitude dangereuse d'un possible refus de la part de certaines autorités cantonales qui veulent à tout prix garder le haut du pavé pour montrer un illusoire pouvoir. Cet esprit de clocher cause des frais supplémentaires inutiles, provoque un retard dans les recherches et conduit dans une impasse ringarde dont profitent les mafias de plus en plus nombreuses sur cette planète. Lorsqu'on voit sur nos écrans la rapidité avec laquelle les Etats-Unis retrouvent le ou les coupables grâce à quelques clics de souris, comment une telle question peut-elle être posée par les médias et probablement au sein de nos services de police?

A lire les chicanes à la sauce clocher qui foisonnent dans les rues de nos villes et dans les prétoires, j'ose espérer que les cantons auront la sagesse de comprendre par où passe la sécurité.

Octopus

Überfremdung und Überbevölkerung sind allgemeinere Probleme!

Wieder einmal erschüttern Einzelfälle von gewalttätiger Kriminalität wie der Fall Baskim Berisha, der wegen eines Parkplatzes in Dübendorf einen Familienvater erschoss, oder die ebenfalls kosovo-albanischen und kaum den Kinderschuhen entwachsenen Roma, die Schlägereien anzettelte und deren Asyl suchende Familie zuerst in einem Hotel, später in einer Villa am Zürichsee untergebracht war, die öffentliche Meinung in der Schweiz. Diese kurzfristigen Aufregungen haben leider den Nachteil, dass sie die Einwanderungsproblematik immer wieder an Einzelfällen und bestimmten Volksgruppen, hier den Kosovo-Albanern aufhängen möchten und übersehen, dass die nicht enden wollende Einwanderungsbewegung in die Schweiz aus allen Windrichtungen allgemeinere und dauerhafte Schwierigkeiten verursacht. Zu meinen, nur die Kosovo-Albaner oder allenfalls Menschen aus dem Balkan sowie Gewaltverbrecher würden der Schweiz

Bauchweh bereiten, und man könne die Probleme lösen, indem man diese, sofern sie gewalttätig würden, aus der Schweiz ausweisen, ist falsch. Die überwiegende Mehrheit der hier lebenden Kosovo-Albaner verhält sich nämlich durchaus gesetzeskonform, und Straftaten begehen auch Angehörige anderer Nationalitäten. So gab es etwa schon süditalienische Mafiagruppen, tamilische Drogenhändlerringe, Menschenschlepper aus Afrika, diese bis heute usw.

Falsch ist es auch anzunehmen, die Probleme hätten erst ungefähr 1990 begonnen oder sie betrafen bloss Asylbewerber und nicht auch den Fremdarbeiterimport, wie das selbst Leute tun, die glauben, sich politisch ernsthaft mit der Frage der bevölkerungsmässigen Überfremdung auseinander zu setzen. Die Einwanderungsspitze der Sechzigerjahre des letzten Jahr-

hunderts hat uns zum Beispiel einen Berg von nun altersrentenberechtigten Personen beschert, was heute unsere Altersversorgung bedroht, auch das ein Problem aus der Einwanderungspolitik, nur ein andersartiges! Das damalige Argument von Überfremdungsbefürwortern, Fremdarbeiter würden uns die AHV sichern, war lächerlich und verlogen!

Die Überfremdung in jeder Beziehung hat auch zu einer miesen Stimmung in der Schweiz im Allgemeinen geführt, was uns nun auf verschiedenen politischen Feldern Probleme beschwert. Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft können nicht einfach problemlos zu einer neuen Gemeinschaft zusammenwachsen, obschon Einwanderungsbefürworter und Regierungspolitiker uns das gerne weismachen möchten! Ebenso sinnlos ist das Herumba-

steln am Waffenrecht. Die Zunahme der Kriminalität, auch der gewalttätigen, ist nicht zuletzt ein Ausdruck verschiedener und unüberbrückbarer Wertsysteme. Ausserdem ist die Frage zur Bevölkerungsdichte zu stellen! Überbevölkerungssituationen führen nicht nur zu fast unlösbaren Schwierigkeiten im materiellen Umweltschutz, es ist auch eine empirisch nachgewiesene verhaltenspsychologische Erkenntnis, dass enge Siedlungsverhältnisse den Aggressivitätspegel erhöhen!

Die Einwanderungspolitik, wie die Schweiz sie seit einem halben Jahrhundert betreibt, ist als Ganzes abzulehnen, auch die frühere! Wir sollten mit dieser Politik endlich radikal Schluss machen!

Jean-Jacques Hegg, Psychiater
FMH, e. Nationalrat, Dübendorf

Gehört das Waadtland eigentlich noch zur Schweiz?

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Diese Frage ist mehr als berechtigt, wenn man den neuesten Skandal aus diesem Kanton bedenkt. Dort werden längst überfällige Ausschaffungen, die nicht einmal unter den bundesrätlichen Begriff «Härtefälle» fallen, schlichtweg nicht ausgeführt. Ganz offen stellen diverse Gemeinden (auch grosse wie Yverdon) für solche Leute Unterkünfte zur Verfügung. Und auch die Kantonsregierung tut nichts dagegen. Da muss man sich wirklich die im Titel erwähnte Frage stellen. Hat ein Kanton, der ganz offen Beschlüsse der Eidgenossenschaft missachtet, in unserem Bund noch etwas zu suchen? Nach meiner Meinung sollte man versuchen, diesen Kanton z.B. an Frankreich zu verkaufen. Die Frage bleibt allerdings, ob Frankreich oder ein anderes Land solche renitenten, gegen den eigenen Staat agierenden Leute überhaupt übernehmen will.

Lockerung der Lex Koller

Das Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, die Lex Koller, soll gelockert werden. ... Neben der Gesetzesrevision laufen derzeit Bestrebungen, die Lex Koller ganz abzuschaffen.
(Frage: Kann die antischweizeri-

sche, nur auf Profit ausgerichtete Gesinnung des Bundesrats noch tiefer sinken? Die Red.)

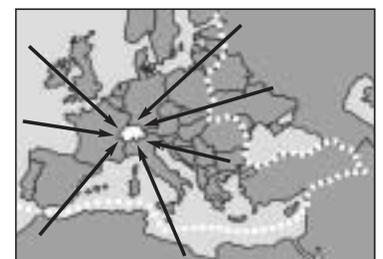
Vorläufige Anwendung von Staatsverträgen

Die Kompetenz des Bundesrates, Staatsverträge vor der parlamentarischen Genehmigung vorläufig anzuwenden, soll neu im Gesetz

geregelt werden. ... Anlass für die Gesetzesregelung bildete das vom Parlament nicht genehmigte Luftverkehrsabkommen mit Deutschland, das der Bundesrat vorläufig angewendet hatte.

(Bemerkung der Redaktion: Zuerst Gesetze brechen und später entsprechend anpassen. Typisch Bundesrat, nicht zum ersten Mal angewendet.)
D. Najman, Baden

Bestellitalon: Referendum Ost-Personen- freizügigkeit



Ich bestelle:

- _____ Unterschriftenbogen Referendum Ost-Personenfreizügigkeit
_____ Unterschriftenbogen Schengen-Referendum
_____ Schweizer Demokrat Nr. 02/2005
_____ Schweizer Demokrat Nr. 03/2005
_____ Kleinplakate für Unterschriftensammelstände

**Bogen sofort
zurücksenden!**

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Talon zurücksenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch